

Volksmacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 3.—, auswärts 3.50 M. Einzelnen unter 2 1/2 M. — M. auswärts 2.— M. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Besuche, Besammlungs- und Wohnungsanzeigen 1.— M. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 M., das letzte Wort 1.00 M. Anzeigen für die ersten 10 Zeilen müssen bis zum 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptredaktion Straßstraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.

Bezugpreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstelle, Algenstraße 14, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. Wöchentlich 5.20 M., monatlich 22.50 M., vierteljährlich 67.50 M.

Ohne Revision keine Anleihe!

Der Prozeß der Sozialrevolutionäre.

Moskau, 10. J. (Funkspruch.) In der Abmündung des ersten Prozeßtages (1. Juni) wurden von Seiten der Anklage als auch seitens der Verteidigung Anträge auf Ladung neuer Zeugen gestellt. Als Zeugen wurden die Kommunisten Großrad (Frankreich) und Smeral (Tschschtschowa) vernommen, um über die Rolle der Entente auszusagen, mit welcher die Sozialrevolutionäre im Kampfe gegen die Sowjetregierung Beziehungen unterhalten haben sollen. Lunatscharski ersuchte um Vernehmung Kluschkinskis, der früher Minister der Kollschak-Regierung gewesen ist und jetzt als Führer der Sowjetfreundlichen Richtung in der russischen Emigration hervortritt. Kluschkinskis, der eben in Moskau weilt, soll über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre in Sibirien auszusagen. Da die prozeßualen Forderungen der Angeklagten vom Gericht nicht erfüllt wurden, sahen sich die Verteidiger zu der Geltendmachung an, daß sie unter Umständen genötigt sein würden, auf eine weitere Beteiligung am Prozeß zu verzichten.

Der zweite Verhandlungstag verlief anfangs für mich. Das Gericht ging über die Bemerkungen der Angeklagten und ihrer Verteidiger zur Tagesordnung über und beschloß, die Verlesung der Anklageschrift, die durch Zwischenrufe von Gog und anderen Angeklagten unterbrochen wurde. Das Gericht beschloß, auf Antrag der Angeklagten, die Sitzung durch eine Pause zu unterbrechen. — Der sowjetamtliche Bericht sagt darüber, eine Gruppe von Angeklagten sei beabsichtigt, den Prozeß zum Scheitern zu bringen oder doch den ruhigen Verlauf der Verhandlungen zu verhindern, und zwar durch neue Anträge der Verteidiger auf Hinzuziehung weiterer Zeugen und Verteidiger. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde dem Verteidiger Kolenfelz außer der Reihe das Wort erteilt, der erklärte, daß die Angeklagten ihre Rechte als verletzt betrachten, die Weiterführung des Prozesses jedoch nicht zu verhindern beabsichtigen. Der Vorliegende entgegnete, die Rechte der Angeklagten seien von keiner Seite beeinträchtigt worden, man sei vielmehr von den geltenden Gesetzen abgewichen, um diese Rechte voll zu wahren. Der Rest der Sitzung wurde durch Verlesung der umfangreichen Anklageschrift in Anspruch genommen.

In der Anklageschrift wird einer Reihe von Führern und Mitgliedern der Sozialrevolutionären Partei, die sich durch ihren Kampf gegen den Faschismus einen großen Namen bei dem internationalen Proletariat erworben haben und sich jetzt seit Jahren in sowjetrussischen Gefängnissen befinden, folgendes zur Last gelegt: Sie hätten bewaffnete Aufstände gegen die Sowjetregierung vorbereitet und organisiert, besondere Kampfgruppen dazu geschaffen und zu diesem Zweck mit anderen gegenrevolutionären Organisationen Verbindungen unterhalten haben, wie denen der Generale Krasnow, Alexejew und Lenkin in Südrussland und mit der „Regierung der Mitglieder der konstituierenden Versammlung“ in Ufa und Sibirien. Sie werden ferner beschuldigt, mit den Führern des internationalen Kapitals und der Ententestaaten in Verbindung gestanden zu haben, während diese sich im Kriegszustande mit der russischen Sowjetregierung befanden. Endlich sollen die Angeklagten terroristische Akte gegen die höchsten Träger der Sowjetregierung und Expropriationen von sowjetrussischen Regierungsgeldern organisiert haben.

Demgegenüber erklärt die Verteidigung, daß der Prozeß überhaupt keinen Akt der Justiz, sondern einen Akt der kommunistischen Partei darstelle, die augenblicklich gegen den Volkswillen unbegrenzt und unkontrollierbar über Russland herrsche und im gemäßigten Sozialismus und seiner Vertretern, den Sozialrevolutionären, ihre gefährlichsten ideellen Gegner erblicke. Prozeßual vertritt die Verteidigung den Standpunkt, daß erstens alle in der Anklageschrift angeführten Beschuldigungen durch die politische Amnestie vom 27. Februar 1919 überholt seien; zweitens, das ganze Anklagematerial sich auf angebliche Behauptungen zweier Losspitze Iwanow und seiner Braut Konoplewa stütze, die vom Standpunkte einer getragenen Justiz überhaupt nicht glaubwürdig seien; und drittens, daß eine ganze Reihe prozeßualer Rechtsverstöße vorgekommen sei, und die Moskauer Justiz überhaupt keine Garantie eines gerechten und unparteiischen Urteils biete.

Der Kampf zwischen Staatspräsident und Landtag um die Regierung in Polen.

Staatschef Pilsudski hat an den bisherigen Ministerpräsidenten Bonkowski, der bei ihm zur Audienz erschienen war, laut P. A. T., die Frage gerichtet, ob er bereit sei, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen. Bonkowski hat abgelehnt. Gestern haben die Konferenzen des Staatschefs mit den Parteiführern begonnen, die heute fortgesetzt werden. Im Sejm wird der Gehalte der Bildung eines parlamentarischen bzw. Koalitionskabinetts erwogen.

Das Kabinett Bonkowski ist bekanntlich nicht durch das Parlament, sondern durch den Staatspräsidenten Pilsudski gestürzt worden. Außenpolitisch wünschte Präsident Pilsudski bessere Sicherung seiner Eroberungen im Osten als die Minister Skirmuntz Genuverhandlungen, Finanzminister Mikulski Sparmaßnahmen gegenüber dem polnischen Riesenheer und das elende Funktionieren der nur gegenüber den Minderheitsnationalitäten „scharfen“ inneren Verwaltung ergab. Innenpolitisch spielt in dem Konflikt auch die bevorstehende Landtagswahl eine Rolle, für welche die Regierung bekanntlich eine Wahlordnung vorlegte, die die großen

Rechts- und Mittelparteien begünstigte, während Pilsudski sich auf die bürgerlichen Mittelparteien und die Linksparteien stützt. Die Krise hat mit der Ablehnung der Kabinettsbildung durch den vom Staatspräsidenten gestützten Bonkowski den Charakter einer Präsidentenwahl verloren, ohne daß eine sachliche Klärung schon erkennbar wäre.

Die Pariser Schepresse wütend über das Anleihekomitee.

Aus Paris wird uns gemeldet: Die französische Rechtspresse ist über den Bericht des Anleihekomitees äußerst aufgebracht. Perinax nennt den Bericht im „Echo de Paris“ ein politisches Dokument und meint ironisch, es wäre angebracht gewesen, wenn die Kollegen des Herrn Bergmann die Aufhebung sämtlicher Sanktionen verlangt hätte. Er ist der Meinung, daß die französische Regierung, namentlich ein vollständiges Reparationsystem zur Ausführung bringen müsse.

Das „Journal“ meint, Frankreich habe allerdings einen großen moralischen Sieg davongetragen, der materielle sei bei Herrn Bergmann geblieben. Besondere Bewunderung ruft die Haltung des belgischen Vertreters Delacroix innerhalb der französischen Presse hervor.

Französische Anklagen gegen England.

Mehr oder weniger verhäßt wird in fast allen Zeitungen der hiesigen Blätter Lloyd George als der treibende Faktor einer neuen gegen Frankreich gerichteten Kampagne bezeichnet, und mit einer Ueberstimmtheit, die auf eine gemeinsame Quelle oder vielmehr auf Inspirationen von zuständiger Stelle schließen läßt, steht in allen Blättern der Vorwurf wieder, die englische Regierung habe die Initiative zur Aufrollung der Frage der Herabsetzung der deutschen Schuld lediglich aus egoistischen Motiven heraus betrieben. England habe auf Frankreich einen Druck ausüben wollen, die damit unlösbar zusammenhängenden Fragen des Erlasses der alliierten Schulden an Mexiko anzunehmen und eine entsprechende Demarche in Washington einzuleiten. Man wisse in England sehr genau, warum man dies nicht selbst tue, nachdem der Vertreter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission vorgestern die blinde Erklärung abgegeben habe, daß in den Vereinigten Staaten das Gutachten an Frankreich als eine Gefühlsache, die englische Schuld dagegen als eine rein geschäftliche Angelegenheit angesehen werde. Das englische Bemühen laufe deshalb offenbar darauf hinaus, Frankreich als Vorposten zu benutzen, um den Vereinigten Staaten gegenüber eine finanzielle Einheitsfront der Alliierten entgegenzustellen. Die Blätter versichern, daß die französische Regierung nicht die geringste Lust habe, sich zu einem solchen Manöver mißbrauchen zu lassen, einmal aus prinzipiellen Gründen, dann aber auch deshalb, weil sie genau wisse, daß ein derartiger Schritt in Amerika vor den Neuwahlen im Herbst verheerend auf Erfolg habe.

Französische Friedensfreunde in Berlin.

Das Deutsche Friedenskartell veranstaltete am Sonntag im Sitzungssaale des Reichstages eine Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung, nachdem bereits vor einigen Wochen in Paris eine ähnliche Veranstaltung in Anwesenheit deutscher Kapazitäten stattgefunden hatte. Aus Paris waren erschienen der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, Abgeordneter Bouillon, ferner die Professoren Bosh und Bonolis von der Sorbonne, außerdem der Sozialistenführer Renaudel u. a. m. Reichstagspräsident Lohde begrüßte nach der Eröffnung der Sitzung durch Helmuth von Gerlach die französischen Gäste als hochgeschätzte Genußfreunde. In Deutschland sei erst der Verständigungswille vorhanden. Die Franzosen sollten es sich nur einmal ansehen und sie würden finden, daß bei deutschen Bürgern, bei deutscher Bauer und bei deutscher Arbeiter nur einen Wunsch und eine Sehnsucht haben, nämlich die, im Frieden die Früchte ihrer friedlichen Arbeit zu ernten. Der frühere Unterrichtsminister Bonisso erwiderte, daß die große Mehrheit auch des französischen Volkes von friedlichem Gefühl befeelt sei. Die Schwierigkeiten einer Verständigung sind groß, aber gerade deswegen müßten die Anstrengungen verdoppelt werden. Die schlimmsten Mißverständnisse zwischen beiden Völkern seien überstanden und es gelte nun, der Religion des Rechts zum Siege zu verhelfen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei die Voraussetzung für den Wiederaufbau Europas.

Nur das deutsche Friedenskartell sprach Graf Harry Reher, der feststellte, daß es für die Zukunft keine deutsche Regierung mehr wegen Dünne, Kontrapolitik zu treiben. Das deutsche Volk wolle, daß Frankreich wieder ein ständiger Teil Europas werde. Der folgende Redner Professor Viktor Bosh von Paris hielt einen Teil seiner Rede in einem vorzüglichen Deutsch. Er erklärte, es müsse gelingen, alles zu überbrücken, was der Vorgrund zwischen dem französischen und deutschen Volk zu Tag und Gernung ist. Der französische Jurist, Professor Bonolis, hat auf dem Kongress der Friedensfreunde festgestellt, daß der Eintritt Deutschlands in den Weltfrieden geworden hätte, belände, daß die Zahl der Verständigungsfreunde Frankreichs ständig zunehme. Allerdings glaubt das französische Volk, daß es ein Recht auf Reparationen habe, aber die deutschen Verständigungsfreunde sollten nicht verzweifeln. Denn es werde der Tag kommen, an dem man in Deutschland und in Frankreich mit Schiller sagen werde: „Seid umschlungen Millionen“. Als letzte Redner sprach der französische Genosse Renaudel.

Das Gutachten des Anleihekomitees.

Anleihe-Voraussetzungen: Aenderung unserer Gesamtverpflichtungen, Einmütigkeit der Alliierten und Erfüllungsbereitschaft Deutschlands. — Die rein finanziellen Bedingungen für eine Anleihe „entschieden günstig“. — Sanktionen sind „keine Hilfe“. — Kurzfristige kleine Anleihe nicht unmöglich. — Frankreichs Sondervotum gegen Herabsetzung unserer Zahlungen.

In dem in englischer Sprache abgefaßten Bericht des Anleihekomitees an die Reparationskommission heißt es:

Zunächst wünscht das Komitee seine eigene Stellung so klar zu machen, daß die Möglichkeit eines Mißverständnisses ausgeschlossen ist. Seine Mitglieder werden durch einstimmen eingeladen, nach Paris zu kommen, um als Bankiers technischen Rat über die Bedingungen zu erteilen, unter welchen eine ausmüchtige Anleihe von Deutschland aufgenommen werden könnte. Zu keinem Zeitpunkt haben sie den geringsten Wunsch gehabt, sich weitere Funktionen anzumahen. Sie haben durchaus voll gewürdigt, daß die Erstellung technischen Rates nur einen Faktor des Problems bilden würde, welches von der Reparationskommission und von den alliierten Regierungen allein gelöst werden kann. Schon bei ihrem Zutritt waren die Bankiers im Komitee einmütig in ihrer Ansicht, daß sie bei Auslegung der für sie maßgebenden Bestimmungen in einem eingeschränkteren Sinne für eine ausmüchtige Anleihe keine Aussicht bieten könnten. Einige Mitglieder waren jedoch der Meinung, daß, wenn die Kommission oder die Regierungen hinsichtlich der jährlichen Zahlungen, welche sie von Deutschland zu fordern beabsichtigten, eine bestimmtere Feststellung machen würde, als sie gegenwärtig vorhanden ist, die Aussichten einer derartigen Anleihe günstig erachtet werden könnten.

Hätten diese Mitglieder eine einmütige Aufforderung erhalten, festzustellen, welche

Bedingungen diese Zahlungen nach ihrer Ansicht eine notwendige Bedingung für den ausmüchtigen Kredit sein würden, so wären sie froh gewesen, dem zu entsprechen. Derartige Bedingungen wären jedoch nur als Bedingungen einer Anleihe empfohlen worden für den Fall, daß eine Anleihe gewünscht würde. Sie würden kein Urteil über die Beträge mit sich gebracht haben, welche die Kommission erzwingen könnte oder sollte, falls die Regierungen sich damit begnügen würden, auf jährliche Zahlungen zu warten, ohne diese vorher im Wege der Anleihe zu mobilisieren. Selbst wenn die Kommission oder die Regierungen die Ansicht des Komitees als vernünftig betrachtet haben würden, hätten sie volle Freiheit gehabt, sich dahin schlüssig zu machen, auch weiter einer Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit und einer entsprechenden Festlegung der Zahlungen von Jahr zu Jahr den Vorzug zu geben. Mit anderen Worten, jede etwa genannte Ziffer hätte notwendigerweise keine Ansicht über die vorläufige Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern nur eine Ansicht über die Beträge dargelegt, welche nach Ueberzeugung der geldgebenden Kreise der Welt, die ihr Urteil unter all den ungewöhnlichen Erscheinungen der gegenwärtigen Lage bilden müssen, bestimmt innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit liegen. Selbst so vorläufig geschätzte Zahlungen würden noch sehr beträchtlich sein. Das Komitee erkennt an, daß die alliierten Regierungen trotzdem selbst auf die Gefahr hin, die Anleihe zu verlieren, den Wunsch haben könnten, volle Freiheit zu behalten, die größeren Jahreszahlungen zu fordern, welche Deutschlands wachsende Leistungsfähigkeit später möglich machen könnte. Die Regierungen hätten nicht nur volle Freiheit gehabt, eine solche Entscheidung zu treffen, sondern eine solche Entscheidung wäre auch in seiner Weise mit dem technischen Rat des Komitees unverträglich gewesen. Nur hätte, wenn dieser Rat erfolgt wäre, eine Entscheidung im Richte klar dargelegter Möglichkeiten getroffen werden können.

Schwierigkeiten, einem Mehrheitsbeschluß zu entsprechen. Unter diesen Umständen hätte das Komitee zu prüfen, ob es auf den Mehrheitsbeschluß der Kommission hin seine Untersuchungen mit Nutzen fortsetzen konnte. Es hat sich dahin entschieden, daß es im Augenblick aus folgenden Gründen nicht so zu verfahren in der Lage ist:

1. Frankreich ist Deutschlands Hauptgläubiger. Bei jedem Reparationsproblem sind seine Interessen der wichtigste Faktor. Die Mitglieder des Komitees hatten gehofft, daß der Hauptaugen jeben Ratsschlages, den sie hätten erteilen können, von Frankreich gezogen werden würde. Sie sind alle äußerst besorgt, daß keine ihrer Handlungen Frankreichs Interessen beeinträchtigen könnte. Wenn daher Frankreich sein Interesse an der allgemeinen Bedingungen wünscht, welche für die Wiederherstellung von Deutschlands ausmüchtigen Kredit notwendig sind, hat sich das Komitee nicht für berechtigt, eine detaillierte Untersuchung anzustellen. Es wird in seiner Ansicht durch die Ermögung bestätigt, daß es unter den bestehenden Verhältnissen von der Unterfertigung des ihm angebotenen französischen Mitglieds keinen Nutzen hätte ziehen können.

2. Weiterhin erklärt, daß das Komitee der Ansicht ist, daß zum Erfolgreicheren Zustand einer Anleihe eine günstige Wirtschaftswelt notwendig ist. Das Bekanntwerden der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der Kommission hinsichtlich der Grenzen des Auftrags des Komitees hat für den Augenblick eine der Ursachen unklarer Meinungen geschaffen. Die Bankiers im Komitee müssen die Aufgabe erfüllt haben, wenn sie der Ueberzeugung sind, daß, wenn sie sich hinsichtlich der Bedingungen einer Anleihe erklären, sie eine

moralische Verantwortlichkeit übernehmen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um der Anleihe zu einem Erfolg zu verhelfen.

Aus diesen Gründen beschloß das Komitee, seine Arbeit für den Augenblick zu unterbrechen.

Die Möglichkeit einer Anleihe ohne neue Begründungen von Deutschlands Verpflichtungen.

Da das Komitee auf diese Weise von der Aufforderung der Mehrheit der Kommission, den Gegenstand seiner Beratungen auszuheben, keinen Vorteil ziehen konnte, hat es das Problem nach dem ursprünglichen Auftrag, wie er sich bei eingeschränkter Auslegung ergibt, der Erwägung unterzogen. Wenn angenommen wird, daß die gegenwärtigen Bestimmungen des Vertrages von Versailles und des Zahlungsplanes unverändert bleiben, ist dann eine äußere Anleihe möglich, und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Das Komitee sah sich folgenden Schwierigkeiten gegenüber:

a) Es wurde festgestellt, daß die Wiederherstellung des auswärtigen Kredites Deutschlands solange unmöglich ist, als die gegenwärtigen Anleihebedingungen bestehen, die die gegenwärtig festgesetzte Höhe und die zu erzielenden Zinsen, innerhalb letzter Zahlungsfristigkeiten liegen, und daß Deutschlands Wille und Fähigkeit, sie abzugeben, ungesichert werden wird. Solange wie dies die Lage ist, muß der Kapitalist unter dem Eindruck der Möglichkeit stehen, daß ein Zusammenbruch der deutschen Finanzen als Folge der gegenwärtigen Unsicherheit einen sozialen Umsturz hervorrufen kann. Es ist jedoch schwierig, Sicherheiten zu finden, welche unter solchen Bedingungen als eine befriedigende Garantie für eine Anleihe angesehen werden würden, wenigstens für jede Anleihe in einem Umfang und unter Bedingungen, welche eine wirtschaftliche Erleichterung der Lage herbeiführen würden. Selbst eine erstklassige Sicherheit wie die Zölle, welche unter stabilisierten Bedingungen eine brauchbare Garantie für eine beträchtliche Anleihe bilden würden, könnten keinen genügenden Goldwert mehr behalten, falls die wirtschaftliche Lage Deutschlands oder seine sozialen Verhältnisse ernstlich gefährdet werden würde. Möglichkeiten dieser Art mögen entfernt erscheinen. Aber wer sich an einer langfristigen Anleihe beteiligen soll, neigt natürlich mehr dazu, die schlimmste Möglichkeit in Rechnung zu ziehen, als die, welche wahrscheinlich zu erwarten ist.

b) Es wurde festgestellt, daß in einigen der wichtigsten Länder, namentlich in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die Kapitalisten in einer Anleihe an Deutschland, welche nicht dazu berechnet ist, eine endgültige Regelung des Reparationsproblems herbeizuführen, keine wirkliche Anziehungskraft finden würden, und es liegt auf der Hand, daß selbst, wenn eine Anleihe auf der Grundlage verschiedener Sicherheiten anstatt auf der Grundlage von Deutschlands allgemeinem Kredit aufgenommen werden könnte, sie im besten Falle nicht mehr als eine kurze Atempause sichern könnte. Danach würde Deutschland sich seinen unverminderten Reparationsverpflichtungen gegenüber sehen mit dem weiteren Hindernis, daß seine besten Sicherheiten bereits für den Dienst der Anleihe verpfändet wären. In der Zwischenzeit würden sowohl Deutschland wie die übrige Welt unter der fortgesetzten Unsicherheit leiden, welche in jedem Lande ein ernstes Hindernis für wirtschaftlichen Wiederherstellung bildet. Es würde eine solche Anleihe, selbst wenn sie möglich wäre, im besten Falle die Zahlung eines hohen Preises darstellen, nur um auf günstigere Bedingungen für eine allgemeine Regelung zu warten.

c) Es wurde festgestellt, daß Kapitalisten in Ländern, welche am Krieg nicht teilgenommen haben, unter der Entwertung der Markt praktisch leiden. Teils weil sie hohe Beträge in Markt investiert haben, teils weil der kommerzielle Wert der deutschen Industrie von der hängigen Entwertung der Markt einen beträchtlichen Verlust abgeben konnte. Es wurde festgestellt, daß unter diesen Umständen auch sie kein Interesse an einer Anleihe nehmen würden, welche für den Aufbau der deutschen Finanzen auf einer stabilisierten Grundlage keine Aussicht bieten würde.

d) Wiederum, was Frankreich anbelangt, wurde festgestellt, daß eine beschränkte Anleihe auf große Schwierigkeiten stoßen würde, da nur ein kleiner Teil davon im besten Falle Frankreich unmittelbar als Reparation würde ausgereicht werden können.

In Würdigung dieser und anderer Schwierigkeiten und in der Erkenntnis, daß keine Anleihe empfohlen werden, von deren Erfolgswahrscheinlichkeit auf den in Frage kommenden Ländern nicht überzogen sein können, hat die Mitglieder des Komitees zu ihrem großen Bedauern zu dem Schluß gelangt, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein Gutachten abgeben können, daß eine auswärtige Anleihe ausföhrbar ist.

Allgemeine Bemerkungen hinsichtlich der zukünftigen Möglichkeiten von Anleihen.

In Berücksichtigung dieses negativen Ergebnisses und obwohl das Komitee sich nicht in der Lage sieht, der Aufforderung der Mehrheit der Kommission, das weitere Problem in einzelnen zu prüfen, zu entsprechen, hält es das Komitee für nützlich, folgende allgemeine Bemerkungen darüber hinzuzufügen:

a) Eine wesentliche Bedingung einer auswärtigen Anleihe zu jeder Zeit besteht darin, daß die Öffentlichkeit unter dem Eindruck stehen muß, daß Deutschland selbst eine tatsächliche wirtschaftliche Anstrengung unternimmt, keine öffentlichen Finanzen auf eine stabilisierte Grundlage zu stellen. Es ist von größter Bedeutung, daß durch die von Deutschland zu gebende technische Sicherheit und

die Wiederherstellung seiner finanziellen Lage Deutschland für einen Wunsch zum Ausdruck bringt, seinen Verpflichtungen zu entsprechen, in der Hoffnung, daß es durch die Erfüllung dieser Verpflichtungen seinen Kredit wiederherstellen wird.

b) Die zweite wesentliche Bedingung ist im einzelnen bereits oben behandelt, nämlich die Beseitigung der gegenwärtigen Unsicherheit hinsichtlich der Reparationsverpflichtungen.

c) Dem Komitee lag eine Aufklärung vor, wonach amerikanische Bankiers und Kapitalisten unter diesen Umständen in erheblichem Maße an dem Zustand deutscher Schuldverschreibungen interessiert werden können, aber nur für den Fall der Erfüllung einer wesentlichen Bedingung, nämlich, daß eine beträchtliche Anleihe auf das einmütige Einverständnis und zum Nutzen der alliierten Nationen erfolgen würde. Diese Einmütigkeit könnte auf keinem Wege einen besseren Ausdruck finden, als durch aktive Mitarbeit der Bankiers der alliierten und neutralen Länder bei der Verteilung der Schuldverschreibungen an ihre eigenen Staatsangehörigen. Unter der grundlegenden Bedingung einer Beteiligung Amerikas ergab sich deshalb Einmütigkeit unter den Geldgebern wie Herstellungen des Kredits des Geldnehmers.

d) Die meisten der Mitglieder des Komitees sind sich wohl bewußt, daß jede gutachtliche Äußerung ihrerseits diese Bedingungen zwar befördert, aber nicht als solche hätte sicherstellen können. Sie würdigen beispielsweise voll, daß, wenn sie als wesentliche Bedingung einer Anleihe eine Begrenzung von Deutschlands jährlichen Zahlungen empfehlen, die beteiligten Länder in Würdigung der Wirkung auf ihre finanzielle Lage notwendigerweise

ihre eigene äußere Verschuldung

beachten würden. Sie würdigen, daß eine Lösung, so wünschenswert sie in sich selbst sein mag, sich tatsächlich als unangenehm erweisen kann, wenn sie nicht die damit verbundenen finanziellen Ausgleichungen vorbereitet. Das Element der Unsicherheit, welches die Last der Verpflichtungen Deutschlands verschärft, bildet ebenfalls einen ernstlichen Faktor hinsichtlich der äußeren öffentlichen Schulden der alliierten Länder. In diesem Zusammenhang wünscht das Komitee zu wiederholen, daß bei Prüfung der Bedingungen für die Wiederherstellung von Deutschlands allgemeinem Kredit es Gewißheit als wesentlich ankommt. Woher Aussicht bei der Ermöglichung der Gesamtverpflichtung zu ändern, genügt nicht.

Fragen, wie die internationalisierte Verschuldung, liegen jedoch außerhalb seiner Zuständigkeit und können deshalb hier nicht erörtert werden. Das Komitee kann aber nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß nach Ansicht derjenigen, welche irgendwelche Regelungen der Reparationsverpflichtungen erwägen, die Erörterung finden müssen, und daß sie zu den Faktoren des Problems gehören, das erwünschte alliierte Einverständnis zu sichern, welches das Komitee als eine der wesentlichen Bedingungen einer Anleihe an Deutschland erachtet. In diesem Zusammenhang denkt das Komitee an die damit übereinstimmenden Grundzüge, die in dem Gutachten von wirtschaftlichen und finanziellen Sachverständigen seit dem 15. Januar 1920 den Regierungen verschiedener europäischer Länder und der Vereinigten Staaten unterbreitet worden sind, Grundzüge, welche von der Brüssel Finanzkonferenz im September/Oktober 1920 angenommen wurden und kürzlich von der Konferenz von Genoa vom 1922 gleichfalls übernommen worden sind.

Wenn das Komitee sich gezwungen sah, die Aussichten einer Anleihe bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ernstlich zu beurteilen, so wünscht es als Schlussfolgerung nicht weniger deutlich seine Überzeugung festzustellen, daß, sofern die notwendigen Bedingungen für die Bedienung des deutschen Kredits verwirklicht werden können, anschließende Anleihen auf allen Hauptmärkten der Welt mit Erfolg möglich gemacht werden könnten.

Reine finanzielle Bedingungen sind jetzt der Ausgangspunkt für die Anleihen entscheidend günstig.

günstiger als zu irgendeiner Zeit seit dem Krieg. Das Komitee wünscht der Kommission zu versichern, daß es den ernstlichen Wunsch hat, alles in seiner Macht stehende zu tun, um die Aufnahme solcher Anleihen zu fördern, wenn die Bedingungen an, auf welche es verwiesen hat, sichergestellt werden können. Es ist sich im Inneren bewußt, welche weitgehende Hilfe für die wirtschaftliche Wiederherstellung der ganzen Welt durch die allmähliche Umwandlung der deutschen Verpflichtung aus einer Schuld an Regierungen in eine Schuld an private Kapitalisten geboten werden würde, welche sich wie andere öffentlichen Schulden

nicht auf äußere Zwangsmaßnahmen (sanctions), sondern auf den allgemeinen Kredit des Schuldnerlandes gründen würde. Es ist allerdings der Meinung, daß

die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen den Ländern und die Stabilisierung der Währung ohne endgültige Regelung der Reparationsverpflichtungen und anderer öffentlicher Schulden unmöglich

ist. Wenn daher zu irgendeiner Zeit die Kommission in der Lage ist, durch einmütige Entschlüsse die Einleitung zu wiederholen, welche jetzt nur durch Mehrheitsbeschluß eine Ausdehnung erfahren hat, wird das Komitee sich freuen,

wieder zusammenzutreten

und die jetzt unterbrochene Untersuchung wieder aufnehmen. Es kann nicht wissen, ob die alliierten Regierungen in der Lage sein werden, die notwendigen Bedingungen anzunehmen, aber für diesen Fall wiederholt es, daß es Hoffnung hat, daß anschließende Anleihen aufgenommen werden können. Endlich wünscht das Komitee darauf hinzuweisen, daß in der Zwischenzeit und selbst während des Zeitraumes zwischen einer erneuten Einleitung und dem Abschluß der folgenden Verhandlungen

Deutschlands finanzielle Lage offensichtlich mit großer Gefahr bedroht

ist. Weitläufige Verhandlungen über eine große und langfristige Anleihe können zu lange währen, wenn ihnen nicht sofortige Hilfe vorzuehen. Aber, falls das Problem unter den angeregten besseren Umständen und mit wirklicher Aussicht auf eine endgültige Regelung erneut erwogen werden sollte, ist das Komitee der Ansicht, daß die Hindernisse, welche gegenwärtig einer Interimsanleihe entgegenstehen, sich wahrscheinlich nicht als unüberwindlich erweisen werden. Mit wirklicher Hoffnung auf eine endgültige Regelung innerhalb angemessener Frist würde es viel leichter sein.

eine kurzfristige landwirts Anleihe

aufstehen zu bringen, in einem Maße, um Deutschlands Kredit vor dem Zusammenbruch während der Dauer der Verhandlungen zu bewahren. Das Komitee braucht kaum hinzuzufügen, daß es unter diesen Umständen sich freuen würde, jede in seiner Macht stehende Unterstützung sowohl hinsichtlich einer derartig begrenzten Anleihe wie hinsichtlich des größeren und bedeutungsvolleren Problems zu gewähren.

gez. Leon Delacroix, M. d'Ameglio, J. P. Morgan, R. M. Kindersley, E. Wiffeling, C. Bergmann.

Herr Sergeant (Der Vertreter Frankreichs! Red.) ist nicht in der Lage, obigen Schlussfolgerungen und einigen der in diesem Bericht enthaltenen Feststellungen und Anregungen beizutreten. Unter Bezugnahme auf die zahlreichen Bemerkungen, welche er im Laufe der Beratungen des Komitees vorgebracht hat, stellt er allgemein fest, daß er zwecks Förderung einer Anleihe nicht neue Begrenzungen in der Verpflichtung Deutschlands in Erwägung ziehen kann, welche ihm nicht gerechtfertigt zu sein scheinen, noch irgendwelche Verminderung der im Vertrage anerkannten Rechte Frankreichs. In Übereinstimmung mit den französischen Delegierten der Reparationskommission ist er der Meinung, daß es nicht zur Zuständigkeit des Bankierkomitees gehört, die Frage von Änderungen der Verpflichtung der deutschen Regierung, so wie sie im Vertrage von Versailles und insbesondere in dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bestimmt ist, zu untersuchen.

Die Monarchisten als Hüter der deutschen Uneinigkeit.

Der „Vorwärts“ stellt an Hand des deutschösterreichischen „Deutschen Abendblatts“ die Inauktendenz der rechtsstehenden Deutschösterreichischen mit dem jetzt jüdenfreundlichen Kronprinzen fest. Er kommt auf Grund der deutschösterreichischen Veröffentlichungen zu dem Ergebnis:

Wir haben Anhänger eines Kaiserturns durch Volkssablimmung, Anhänger einer Kaiserdynastie Wittelsbach, Anhänger einer Dynastie aus der Seitenlinie der Hohenzollern und strenge Legitimisten, von denen wieder ein Teil Wilhelm selber, ein Teil seinen Sohn, ein Teil seinen Enkel als den rechtmäßigen Monarchen anerkennt.

Nun sind das ja alles theoretische Doktorfragen und werden es hoffentlich durch die Wachsamkeit der Arbeiterklasse auch fernherhin bleiben. Aber aus allem erhellt doch, daß die Wiedereinrichtung der Monarchie ihren eigenen Anhängern viel mehr Kopfzerbrechen macht, als sie gemeinhin nach außen hin erkennen lassen. Selbst ein eingesehener Monarchist wie der Graf Reventlow hat des öfteren erklärt, daß die Monarchie nicht einfach wieder aufgerichtet werden könnte, wie ein umgekippter Stuhl; Wir brauchen übrigens doch nach Ungarn zu blicken, um ein ganz ähnliches Dilemma der Monarchisten zu sehen.

Aus allem geht aber hervor, daß der größte Teil der Monarchisten in der Theorie gar keine Monarchisten mehr sind. Denn die alte Monarchie beruht auf dem Gedanken des „Gottesgnadentums“, wonach Gott selber durch das Materium der Erbschaft die Person des Monarchen bestimme. Eine Monarchie „am Aussehen“, bei der wirklich aus einer Anzahl Bewerber der Geeignteste gewählt wird, ist fast an die Grundzüge des monarchistischen Dogmas, denn sie legt den menschlichen an die Stelle des göttlichen Willens. In dem also die Mehrzahl der Deutschösterreichischen sich ihren Monarchen nach eigenem Geschmack auswählen will, beweist sie die Sinnlosigkeit der gesamten monarchistischen Staatslehre.

In Frankreich hat der Streit zwischen Legitimisten und Orleanisten in den Jahren nach 1870 den Sturz der Republik verhindert, der damals in greifbare Nähe gerückt war.

Es ist eben ein eigen Ding um die Propagierung einer veralteten und historisch überholten Staatsform. Gerade, wenn ihre Verfechter am Ziele zu sein glauben, stellt sich der Zweifel darüber heraus, was eigentlich gemeint war. Die Deutschösterreichischen hatten nur zusammen, weil sie der Verwirklichung ihres Zieles fern sind.

Zölibat.

Roman von Joh. Herx.

„Jeder von uns Arbeitern soll ein kleines Häußchen haben, hochwachen. Dann wären die Kinder auch nicht weit. Aber so! Wie soll man sie ernähren?“

Der Kooperator schüttelte mißbilligend das ernte Haupt: „So sollt ihr nicht sprechen, Laßinger. Kindersegen ist Gottessegens. Die Kirche erklärt jede Handlung dagegen als schwere Sünde, die sich gegen den göttlichen Willen richtet. Sie heißt die Verhinderung von. Bedenkt das, und auch eure Frau soll erkennen, welche Schuld sie auf sich ladet. Gottessegens! Unsere Mütter danken nicht anders.“

Laßingers Kallig überlegte tiefen Schalen, es schien, als ob sich um seine Lippen stöhnend halten würden. In seine Züge trat eine eckige Härte. Was der Sturz Hamlets es rot auf, als beginne eine verheißene Karre zu glücken.

„Gottessegens? Bei mir Hamlet es nicht, hochwachen. Meine Mütter danken nicht anders.“

„Du verständigst dich gegen das Reden an eine Mutter?“

„Nein, gar nicht! Laßingers Stimme grünte in ersticktem Schall. „So war ein böiger Ruch. Und das — das ist kein Gottessegens, hochwachen. Weber ist die Mutter noch für das Kind.“

„Ich vermute nicht zu unterrichten. Möglich könnte es sein, als könnte ich eine höhere unterrichtende Ebene die Rede zu, daß er verzeihen nach Worten rang, um sich gegen einen Mann zu wehren, der in jedem Augenblick von dem Ruch der Weibchen an seiner Seite erlösen konnte, weil er überhört in dessen Schrein wohnt.“

„Er verzeihete sich nun, dem Sturz Hamlets. Und der unangenehme Romanz eine mit ihm, der Romanz, in der einfachen Kallig gegen das Zölibat.“

„Romanz weicht und flücht zu den Gottessegens, das Kind?“

„Jeder von uns Arbeitern soll ein kleines Häußchen haben, hochwachen. Dann wären die Kinder auch nicht weit. Aber so! Wie soll man sie ernähren?“

Der Kooperator schüttelte mißbilligend das ernte Haupt: „So sollt ihr nicht sprechen, Laßinger. Kindersegen ist Gottessegens. Die Kirche erklärt jede Handlung dagegen als schwere Sünde, die sich gegen den göttlichen Willen richtet. Sie heißt die Verhinderung von. Bedenkt das, und auch eure Frau soll erkennen, welche Schuld sie auf sich ladet. Gottessegens! Unsere Mütter danken nicht anders.“

Laßingers Kallig überlegte tiefen Schalen, es schien, als ob sich um seine Lippen stöhnend halten würden. In seine Züge trat eine eckige Härte. Was der Sturz Hamlets es rot auf, als beginne eine verheißene Karre zu glücken.

„Gottessegens? Bei mir Hamlet es nicht, hochwachen. Meine Mütter danken nicht anders.“

„Du verständigst dich gegen das Reden an eine Mutter?“

„Nein, gar nicht! Laßingers Stimme grünte in ersticktem Schall. „So war ein böiger Ruch. Und das — das ist kein Gottessegens, hochwachen. Weber ist die Mutter noch für das Kind.“

„Ich vermute nicht zu unterrichten. Möglich könnte es sein, als könnte ich eine höhere unterrichtende Ebene die Rede zu, daß er verzeihen nach Worten rang, um sich gegen einen Mann zu wehren, der in jedem Augenblick von dem Ruch der Weibchen an seiner Seite erlösen konnte, weil er überhört in dessen Schrein wohnt.“

„Er verzeihete sich nun, dem Sturz Hamlets. Und der unangenehme Romanz eine mit ihm, der Romanz, in der einfachen Kallig gegen das Zölibat.“

„Romanz weicht und flücht zu den Gottessegens, das Kind?“

Die vorgezeichnete Bahn zurückstieß. Welch ein Abschied, ehe Erb in das Klammert eintrat. Die Rufe, das Erbeben des schlanken Wädhenskörpers; wie er schnelstrunken die Augen schloß, die Tränen weigant in dem sinnlosen Schmerz, der ihn erschütterte und ihn an seinem ferneren Leben verzagen ließ. Dann vergrub er sich in dem Nachhittern des enttäuschten Liebesraumes noch tiefer in das leuchtige Alleinsein, überwand als Klammert den Reiz des irdischen Lebens, hat verweilt in den die Sinne tödenden geistigen Konstruktionen, mit denen er in die Geheimnisse der Religion einbrang, betäubt die Größe und Macht der Kirche wahrnehmend.

In ihm erstarrte das Bewußtsein, ein Teil der Kirche zu sein, deren Autorität auf ihn überging. Das Niederhalten seiner Verantwortlichkeit in der eleganten Haltung des Berichtenden war das hierfür gebrauchte Opfer, das durch die inneren Kämpfe dem Antlitz den äußeren Ausdruck gab. So gelangte Erb zu den Weibchen, legte in die Hand des Bischofs das Versprechen des Zölibats ab und lächelte — ein Jester, in sich Abgeschlossener — von den natürlich lebenden Menschen. Die Primis gab ihm den Höhepunkt seines Lebens, verließ durch die Bergensfreude, in der er die Wirkung auf die Eltern erlaubte. Der Vater wandte und die Tränen der Mutter kündeten dem Sohne deren Ergreiftheit.

Doch die Zweifel schloßen nicht, denn es begann das Ringen mit der Erfüllung des Versprechens an den Bischof, mit dem Zölibat. Nicht, daß er sich Vorwürfe zu machen brauchte, ob er Liebe, die er bereits kennen gelernt. Aber die Erinnerung an erlöschte Gedanken lebte stets auf neue auf, wenn er die Beichtinstruktionen las, die ihm die Welt des Sexuallebens eröffnete und ihm höher fand geliebte Gebiete zeigte. Die Worte über Pastoralmedizin, die er lesen mußte, um auch Rückschlüsse in sexuellen Dingen erhalten zu können, ohne gegen Dogmen zu irren, wühlten das Bewußtsein auf, anders als im Klammert. Dort schwebte er in der Schwermüdigkeit der Heiligen, die Verbindung mit der Wirklichkeit verlor. Das Rollen und Verlangen der Gefühle war ihm gleich den anderen gar zweiten Natur geworden. Je mehr er in das Leben stieß, desto mehr wüßte von ihm die sein natürliche Monarchisten vorzuziehenden Einflüsse, die sich andere Priester durch Kapitulation, Beicht und Liebesbeeren aufrecht erhalten, sich durch die Pflicht in eine Tätigkeit vor dem Werben des Lebens rettend.

„Romanz weicht und flücht zu den Gottessegens, das Kind?“

„Romanz weicht und flücht zu den Gottessegens, das Kind?“

„Romanz weicht und flücht zu den Gottessegens, das Kind?“

„Romanz weicht und flücht zu den Gottessegens, das Kind?“

Ein Münchener „Ultimatum“ an den Reichspräsidenten.

Die Vorberer der sogenannten „nationalsozialistischen“ Partei haben die vaterländischen Vereine und Verbände in München nicht ruhen lassen, und sie richten an den Reichspräsidenten Ebert einen offenen Brief. Darin erklären sie die Einladung Eberts durch den bayerischen Ministerpräsidenten als gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ergangen und legen:

„Viele Tausende vaterländischer Denkmäler und treudeutscher geistiger Bayern geben hiermit ihren Mißmut über Ihre Erscheinen in München öffentlich zum Ausdruck. Wir hätten es lieber gesehen, wenn Sie es als faktisch erachtet hätten, der Einladung nicht Folge zu leisten. Unsere Stellungnahme gegen Sie bietet durchaus keine Spitze gegen Ihre Person oder gegen das Reich, sondern gegen das System, das Sie vertreten, denn an Reichstreue lassen wir Bayern und von anderen deutschen Stämmen nicht übertreffen. Aber wir Bayern können Sie nicht als den rechtmäßigen Vertreter des Deutschen Reiches gemäß der Verfassung von Weimar anerkennen. Daß wir mit der Föhrung Ihrer Politik nach außen und nach innen nicht einverstanden sind, wollen wir hier nicht unerwähnt lassen.“

Man sieht, die Verfasser dieses Briefes sind, wenn auch keine Freunde einer Straßenpolitik, so doch an persönlichem und politischem Takt und geschichtlichem Verständnis durchaus den Straßenpolitikern ebenbürtig.

Eine Tagung katholischer Politiker der Bodenseestaaten

hat in Konstanz Führer des badiſchen und württembergischen Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Tiroler und Vorarlberger Christlich-Sozialen und der Schweizer Katholischen Volkspartei zusammengeführt. Themen waren: „Die päpstlichen Rundschreiben der letzten Jahrzehnte als Grundlage programmatischer und praktischer Arbeit“, sowie „Die Schulpolitik der Gegenwart“. An den ebendort beteiligten sich u. a. Reichstagsabg. Dr. Wirth, der rührere Reichstagsabg. Lehmann und der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld.

Generalversammlung des Zentralverbandes der proletarischen Freidenker.

Am Himmelstags wurde die 6. Generalversammlung des proletarischen Freidenkerbundes in Kassel eröffnet. Der Vorstand der Ortsgruppen hat sich von 98 Gruppen im Jahre 1920 auf über 500 mit mehr denn 60 000 Mitgliedern gehoben. Das am Schluß des Geschäftsjahres 1921/22 bestehende Vermögen des Verbandes beläuft sich auf 250 890,77 Mark, wovon auf die Feuerbestattungsfälle 141 442,85 Mark, auf die Verbandshauptstelle nur 12 502,17 Mark und auf die Verlagsanstalt, die erst ein Jahr besteht, 97 943,35 Mark entfallen.

Junakht hielt Genosse Lehrer G. Pöpel (Jella-Mehlis) ein Referat über sozialistische Schulpolitik. Auf Wunsch der Delegierten legte Genosse Pöpel seine Ideen und Forderungen in einer Resolution nieder, in der es u. a. heißt:

I. Unser schulpolitisches Endziel ist die sozialistische Schule, das ist die Erziehungsgemeinschaft der Kinder, die aus einer sozialistischen Gesellschaft erwächst, in das Gemeinschaftsleben organisch eingegliedert ist und allein den Interessen der Gesellschaft dient. Das Ziel einer sozialistischen Erziehung ist der freie Mensch, der um seiner selbst willen sich freiwillig den Interessen der Gesellschaft unterordnet. Dieses sozialistische Schulziel wird erst in der sozialistischen Gesellschaft erreicht werden.

II. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft unterstützen wir alle Reformen, die zur Beseitigung der Schule des bisherigen Klassenstaates beitragen. Deshalb werden wir in der praktischen sozialistischen Arbeit der Gegenwart in der Hauptsache die Ziele verfolgen, die die Ziele aller freiheitlich gekennnten Lehrer sind: Erziehung, Arbeitsschule, weltliche Schule. Wir sind uns klar darüber, daß diese Forderungen bei der heutigen Lage der Dinge nicht vollkommen durchgesetzt werden können, müssen jedoch von familiären, Landtags- und Gemeindegewaltungen aller sozialistischen Parteien verlangen, daß sie den Forderungen einer sozialistischen Schulpolitik stets das größte Aufmerksamkeitsmaß zuwenden.

III. Wir halten für Ziele, die eine tatkräftige sozialistische Schulpolitik auch heute schon erreichen können:

1. Unentgeltlichkeit der Vermittel, Erziehungsbefähigen, Schulleistungen, einheitliche Schulorganisation;
2. Kurze zur Bildung der Lehrer im Sinne der Arbeitsschule, Schulwerkstätten, Schulgärten, Versuchsschulen;
3. Gehaltung des Reichsschulgesetzes unter härtester Berücksichtigung der Interessen einer freiheitlichen Arbeiterbewegung.

IV. Bei der großen Bedeutung des jetzt zur Beratung stehenden Reichsschulgesetzes halten wir es für nötig, die sozialistischen Parteien auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen, die unbedingt im proletarischen Interesse nicht verlassen werden dürfen:

1. Da bei dem gegenwärtigen Stärkewort des Fraktionen des Reichstages nicht an eine Änderung der Verfassungsparagrafen über die Schule im Sinne einer allgemeinen Einführung der weltlichen Schule gedacht werden kann, so muß zum mindesten erreicht werden, die von der Verfassung als Normalschule angesehene Gemeinschaftsschule als eine „christliche“ Gemeinschaftsschule auszugeben, und fordern als Kennzeichen dieser verfassungsmäßigen Gemeinschaftsschule:

- a) Schulgebiet und Chorallübungen dürfen bloß im Religionsunterricht stattfinden;
- b) alle Fächer, mit Ausnahme des Religionsunterrichts, müssen frei vom kirchlichen Einfluß bleiben, ebenso auch die Auswahl der Lehrbücher;
- c) der Kirche darf außerdem kein Einfluß auf die Besetzung von Schularbeits- und Lehrstellen und die Lehrerbildung, die an der Unversität erfolgen muß, eingeräumt werden;
- d) für Kinder, die den Religionsunterricht nicht besuchen, ist auf Wunsch der Eltern ein lehrerlicher Unterricht und ein Unterricht in objektiver Religionsgeschichte einzurichten, der nur von Lehrern erteilt werden darf, die das Vertrauen der betreffenden Eltern besitzen;
- e) zur Teilnahme eines Kindes am Religionsunterricht bedarf es einer besonderen Willenserklärung beider Eltern.

2. Wir verurteilen scharf die Bevorzugung der Bekenntnisschule, wie sie einmal der Regierungsentwurf zeigt und wie sie außerdem noch durch den Bildungsausgleich des Reichstages dadurch verstärkt wurde, daß dieser beschloß, die Bekenntnisschule der Gemeinschaftsschule gleichzustellen. Wir sehen diesen Beschluß als einen Rest gegen die Verfassung an und fordern, daß die Bekenntnisschule vor den zwei anderen Bekenntnissen: „weltliche Schule“ und „Weltanschauungsschule“ keinerlei Vorteile habe.

3. Es sind besondere Schutzbestimmungen für freigeistige Lehrer in das Gesetz aufzunehmen, wodurch verhindert wird, daß die Kirche oder eine religiös fanatisierte Elternschaft einen Lehrer von seiner Stelle bringen können, weil er den Religionsunterricht niederlegt oder aus der Kirche austritt.

4. Wenn wir in Anbetracht des Kräfteverhältnisses der Parteien eine sofortige Einführung der weltlichen Schule nicht eröffnen können, so werden wir doch nicht ablassen, tatkräftig für dieses Ziel zu wirken. Es wird von lokalen Verhältnissen abhängen, ob eine weltliche Schule schon jetzt bzw. nach Erlass des Reichsschulgesetzes geschaffen werden muß und kann. Wenn die Gemeinschaftsschule in der von uns dargestellten Auffassung die Normalschule wird und wenn von Seiten der Kirche die Gleichberechtigung der Gemeinschaftsschule eines Dinges nicht gewillt wird, so wollen wir nicht ohne Not weltliche Schulen als Sonderschulen erstreben. Wir werden alsdann die Taktik verfolgen, die Gemeinschaftsschule von innen heraus zur weltlichen Schule umzugestalten und hoffen in diesem langwierigen Kampfe

auf die Hilfe der sozialistischen Parteien und der deutschen Lehrerenschaft.

In der Nachmittagsstimmung sprach Genosse Dr. Paul Kellſche (Berlin) über: „Die sozialistische Einstellung des Freidenkertums“.

Adolph Hoffmann (Berlin) schlug vor, den Verband nunmehr zu heißen: Freidenkergemeinschaft für das arbeitende Volk; hiergegen wandte sich aber ein großer Teil der Delegierten, welche verlangten, daß der Ausdruck „proletarisch“ unbedingt man sich auf den Namen „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“. Die Gliederung des Verbandes ist: Ortsgruppe, Bezirk, Gau, Wirtschaftsgemeinschaft und Reichszentrale. Schließlich wurde mit Stimmenmehrheit wiederum Dresden als Reichsvorort, Oberlehrer Heinicke (Dresden) als erster und Genosse Wagner (Dresden) als zweiter Vorsitzender gewählt, ebenso wurde Genosse Arthur Wolf als Sekretär des Bundes neu bestätigt.

Der Ailingen-Prozess.

Offenburg, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Sonnabend-Sitzung galt hauptsächlich dem Zweck, den Beweis zu erbringen, wo Schulz und Tilleßen sich im Monat August aufgehalten hatten.

Junakht wurde Fräulein Ostermayer aus Spandau vernommen, die erzählt, daß Schulz und Tilleßen am 6. August bei ihrer Familie eintrafen. Beide blieben bis zum 11. August. Am 7. September hat die Zeugin angeblich einen Brief an Schulz geschrieben, auf den sie keine Antwort bekam. Als sie von der Ermordung Erzbergers hörte, hat sie geklagt, weil die Beschreibung der Täter auf Schulz und Tilleßen paßte. Auch dem Bruder der Zeugin, der gleichfalls vernommen wurde, ist der Gedanke gekommen, daß diese beiden Freunde die Täter sein könnten. Aus den weiteren Zeugenaussagen ergibt sich, daß die beiden Attentäter Erzberger seit längerer Zeit verfolgt haben und alle Mittel anwandten, um seinen Aufenthalt genau festzustellen.

Die Schwester Logola aus Jordanbad bei Wiberach schildert, daß im August ein Fremder gekommen sei, der sich erkundigte, ob er als Kurgast aufgenommen werden könne. Als ihm gesagt wurde, daß alles besetzt sei, äußerte er, seinen Urlaub zu verlängern zu können, bis Zimmer frei würden. Im Verlaufe des Gesprächs machte der Fremde die auffällige Frage, ob Erzberger da sei. Als das verneint wurde, fragte er nach dessen augenblicklichem Aufenthalt. Die Schwester, die deren Mißverständnis hatte, den Eindruck, daß es sich um eine verächtliche Angelegenheit handle. Der Vorfall spielte sich einige Tage nach Erzbergers Abreise ab. Die Mapppe, die der Fremde bei sich trug, trug die Kennzeichnung „Tilli“ wie Tilleßen im Kreise seiner Freunde genannt wurde.

Wirtin Schanz und ihre Tochter konnten folgende Angaben machen: Am 27. Juli hatte Erzberger im Gasthaus zum grünen Baum in Wiberach eine Rede gehalten. Er war dort später am 1. August ein Herr und ernte nach dem Aufenthalt Erzbergers. Man sagte ihm, daß seine Wohnung in Beuron sei. Er habe sich wohl in Jordanbad auf. Der Gast erklärte aber, daß er schon festgestellt hatte, daß Erzberger nicht in Jordanbad sei. Der Fremde bezeichnete sich als ein Freund Erzbergers. Der Tochter der Wirtin fiel auf, daß der Fremde in der Nähe des Gasthauses von einem andern Herrn erwartet wurde, mit dem er dann sehr eingehend sprach. Die Zeugin schildert die Bekleidung der beiden Leute. Der eine von ihnen soll eine schwarze Kappe getragen haben.

Der nächste Zeuge Otto Fried, Hausdiener im Hotel Walden in Beuron, hatte das Gesicht Erzbergers am Bahnhof beobachtet. Erzberger selbst gab ihm einen Zettel, auf dem seine neue Adresse vermerkt war, damit Fried ihn auf dem Postamt abgäbe, um so die Post nachgeschickt zu erhalten. Erzberger reiste am 18. August, 6 23 Uhr morgens, ab, während der Zettel am 18. oder 19. August der Post übergeben wurde.

Der Postkoffer Birk in Beuron hat diesen Zettel von Fried empfangen. Als Erzberger schon abgereist war, kamen zwei junge Leute an den Schalter und gaben an, sie seien vom Hotel Walden geschickt, um sich nach Erzbergers neuer Adresse zu erkundigen. Der Zeuge hielt die Mitteilung über Erzbergers neue Adresse als ein Dienstgeheimnis auch geheim, obwohl die beiden Herren behaupteten, sie hätten mit Erzberger etwas Wichtiges zu besprechen. Der Vorfall ereignete sich ungefähr um 4 Uhr nachmittags, nachdem der Zug von Ulm angekommen war. Birk erinnert sich aber, daß die Übergabe und die Erkundigungen der beiden Herren am gleichen Tage erfolgt sind. Auf Bildern glaubt Birk Tilleßen wiedererkennen zu können. Die Erkundigung der beiden Herren hat auch der Amtsvorsteher, Postmeister Hölle, mit angehöht.

Frau Seminarbibliothek Dr. Wader äußerte, Tilleßen im Schwarzwald getroffen und mit ihm einen Meinungsaustausch gehabt zu haben, der sich auch auf politische Angelegenheiten bezog. Tilleßen machte kein Hehl aus seiner Abneigung gegenüber Erzberger. Der Klosterbruder Theodor Anzer hat am 30. August, nachmittags, ein Telefongespräch aus Ulm angenommen, in welchem ein Unbekannter fragte nach dem Kloster, in welchem sich Erzberger an dem genannten Tage wegen des Eintritts seiner Tochter aufhalte. Der Klosterbruder wußte von einem solchen Aufenthalt nichts. Der Fremde stellte sich dann als Zentrumsvorstand mit einem Dokortitel vor. Den Namen verstand der Klosterbruder nicht. Der Anrufende soll gedankt haben, er müsse den Abgeordneten Erzberger in einer dringenden Angelegenheit sprechen.

Die folgenden Zeuginnen sind Angehörige des Gasthauses zum „Goldenen Engel“ in Ulm. Die eine dieser Zeuginnen glaubt in den Bildern der Beschuldigten die Fremden wiederzuerkennen, die in ihrem Lokal verkehrt und übernachtet haben. Frau Kießer, die in Tübingen die Bahnhofs-Bücherei leitete, gibt an, daß etwa fünf oder sechs Tage vor der Ermordung Erzbergers zwei gut gekleidete Herren zu ihr gekommen sind, die sich das Reichswehrbuch für einige Zeit ausleihen wollten. Die Vernehmung dieser Zeugin dauerte sehr lange, da sie bis in alle Einzelheiten die Abreise der beiden Herren schildert und auch den Dritten sehr ausführlich wiedergibt.

In diesem Augenblick greift dann zum ersten Male die Verteidigung ein, um den Nachweis zu führen, daß alle drei, die hier beschriebenen wurden, mit den Leuten nicht identisch

sind, die wegen Zugehörigkeit zur Organisation O festgenommen worden sind. Die Zeugin kann auch aus den ihr vorgelegten Bildern nicht sagen, ob die Herren Schulz und Tilleßen waren.

In der Nachmittagsstimmung wurden die Zeugen vernommen, mit denen Schulz und Tilleßen zusammen gefahren waren und die Bahnbeamten der Eisenbahnstation Appenweier, wo die Bahn von der Hauptstraße abzweigt und wo Schulz und Tilleßen unter falschen Namen im Gasthof „zum Hirschen“ abgestiegen waren. Die Gastwirtin Rothe erzählt, daß die beiden Männer am 23. August angekommen sind und sich folgendermaßen im Fremdenbuch eingetragen haben: Franz Kieße, Student aus Düsseldorf und Franz Bergner, Student aus Jena. Kieße hat sie im Laufe der Vernehmung und ohne Kopfbildung ausgegungen, das linke Ohr des einen war verkrüppelt, der andere hatte eine Narbe an der Nase. Am 22. August hat sie bekommen. Am nächsten Tage wollten sie sehr früh gehen, um einen Spaziergang zu machen. Da es an diesem Tag regnete, haben sie erst um 16 Uhr gefahren. Sie blieben dann den ganzen Tag im Gasthof. Am 23. August wollten sie bereits um 6 Uhr morgens gehen, um eine größere Tour zu unternehmen. Morgens erklärten sie dann, sie wollten nicht, ob sie abreisen würden. Die Wirtin hat die Wirtin der Abreise ihre nachteilig mitgeteilt. Es wurde dann vereinbart, daß die beiden Männer in Appenweier bleiben sollten. Sie nicht bis 4 Uhr nachmittags das Zimmer abgeben dürfen. Als sie abends von einem Spaziergang zurückkehrten, erklärten sie, sie seien von einem Mann in der Nacht in der Wohnung des Gasthofs betreten worden und hätten geschrien. Sie hätten sich in der Wohnung des Gasthofs betreten und hätten geschrien.

marßiert und nach 4 Uhr nachmittags zurückgekommen. Sie erklärten, daß sie durchnachtet seien. Sie bestellten Kaffee und machten sich zur Abreise fertig. Inzwischen war die Nacht von der Ermordung Erzbergers bekannt geworden. Auf eine Frage der Wirtin an die Gäste, ob sie etwas davon gehört hätten, erwiderte der größere der Herren wörtlich: „Ich habe gemeint, Erzberger sei in Berlin“. Zu dieser Zeit wurde der Abgeordnete Dieß vorübergeführt. Kurz nach 6 Uhr abends verließen die beiden das Gasthaus und fuhrten mit dem Zuge 6 46 Uhr nach Appenweier. Mit den übrigen Gästen haben sich die beiden nicht unterhalten.

Während der Vernehmung dieser Zeugin lief beim Gericht ein Brief aus Borkum ein, den der Vorliegende sofort verlas. In dem Brief wird mitgeteilt, daß der Verfasser, von Beweismitteln getrieben, sich veranlaßt fühle, dem Gericht davon Kenntnis zu geben, daß ein gewisser Cendrich in Recklinghausen nähere Aufklärung geben könne. Dieser sei durch große Geldmittel zum Stillstehen verpflichtet worden. Er trage sich gegenwärtig mit Auswanderungsgeanken. Der Vorliegende stellt mit Zustimmung des Staatsanwalts fest, daß derartige

anonyme Angaben während der Untersuchung

wiederholt eingelaufen seien. Man sei ihnen in den meisten Fällen nachgegangen, ohne zu einem Resultat zu kommen.

Gastwirt Rothe (Gasthaus zum Hirschen), hat seine beiden Gäste sehr wenig gesehen. Einmal fragten sie ihn nach dem Wege, der von der Klosterkirche nach der „Zuflucht“ führe. Dabei hatten sie eine Karte vor sich liegen, die in der Ecke den Schmied „Petersthal“ trug. Der Sohn der Wirtin, der heute 21 Jahre alt ist, hatte beobachtet, daß die Mieter des Zimmers, das gegen den Bach liegt, täglich Papier zerschneiden und in den Bach warfen. So kam er auf den Gedanken, den Bach abzufischen. Er fand eine ganze

Anzahl Zettel,

die er dem anwesenden Polizeibeamten übergab. Auf einem dieser Zettel stand das Wort „Beuron“. Diese Papierstückchen mußten zusammengelegt werden.

Regierungsrat Dr. Hagemann schildert die Erhebungen, die er nach der Tat in Appenau angestellt hat. Kriminalistisch wäre von höchster Bedeutung gewesen, daß über die Schmelzschmelze nichts in die Öffentlichkeit gelangte, weil die angeblichen Täter durch die Veröffentlichung nicht genannt werden durften. Der Zeuge hatte der Hirschwirtin strenges Stillschweigen zur Pflicht gemacht. Auf die Frage der Pressevertreter habe er geantwortet, daß nichts Neues vorgefallen sei. In einem Falle sei es ihm gelungen, die Veröffentlichung der Nachricht über die Kunde zu unterdrücken, konnte aber nicht verhindern, daß die Nachricht doch in die Öffentlichkeit drang.

Zeuge Rüdert berichtet über die Schmelzschmelze. Er hat dieselben am gleichen Tage in Griesbach zusammengelegt und daraus die

Mitgliedskarte

des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes herausgefunden, ferner die Zeichen Schulz, Maximilian und Münche. Ferner wurde gefunden eine Rechnung über drei Kaffee. Von besonderer Bedeutung war der Beuron-Zettel, auf dem die Adresse und die Telefonnummer vermerkt waren.

Zeuge Karl Huber, Bahnschaffner in Appenweier, hörte zwei junge Leute, die sich nach dem Abgang der Schnell- und Verdonnerzüge erkundigten. Der eine von beiden sei groß und blond gewesen, der andere klein und schwarz. Der Große trug eine Mütze. Im Abend habe er zwei jungen Leuten Nachrichten verkauft und dabei beobachtet, daß der eine der beiden eine Verkleidung am Ohr hatte. Als er am andern Morgen das Signalment der beiden Täter in der „Oppenauer Zeitung“ las, wußte er, daß die beiden jungen Leute sich umgezogen hatten und zweifellos die Täter waren.

Die amerikanische Sozialistische Partei

hat auf einem Kongreß in Ohio auf Antrag Hillquit beschlossen, der Wiener Arbeitsgemeinschaft (Internationale 24) beizutreten. Die amerikanische Arbeiterpartei ist gegenwärtig noch viel ärger gespalten als die europäische, weil auch drüben die Moskauer Sendboten eine Verwirrung angerichtet haben. Die amerikanische Sozialistische Partei ist daher zahlenmäßig nur schwach, immerhin aber wohl die zukunftsreichste der amerikanischen Arbeiterorganisationen. Ihr Beschluß verweist sich vor allem gegen die 3. Internationale, während ein sachlicher Gegenjah zur alten 2. Internationale in den Werten der Partei, die wir regelmäßig erhalten, nicht hervortritt. Wegen ihrer Schwäche sind die Tagesforderungen der amerikanischen Sozialisten eher noch erheblich gemäßigter als die der deutschen Sozialdemokratie, der englischen Arbeiterpartei oder einer anderen der sozialistischen Parteien der 2. Internationale.

Ein französisch-russisches Petroleumgeschäft.

Die staatliche Raptaverwaltung in Baku („Anzenh“) hat mit der französischen Gesellschaft „Socifros“, über deren Tätigkeit im Kaukasus der „Dt-Express“ bereits berichtet hat, einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Gesellschaft der Raptaverwaltung verschiedene von ihr benötigte Waren liefert, wofür ihr Export und Realisierung der zur Sicherung der Raptaverwaltung dienenden Raptavorräte übertragen wird. Die „Ekononimicheskaja Schiza“ übt an diesem Vertrage heftige Kritik: die Gesellschaft sei schon im Jahre 1921 mit Baku in Verbindung getreten, doch zu Bedingungen, die für die Raptaverwaltung äußerst unvorteilhaft waren; mit Mühe gelang es damals, den Vertrag zu lösen. Der neue Vertrag mit dem französischen „Schwindelunternehmen“, an dessen Spitze (der auch aus den oberjulesischen französisch-polnischen Gründungen bekannte frühere Raptavorwart, Red.) Roulen stehen soll, lasse die schlimmste Ausbeutung der Bakur Raptaverwaltung befürchten und der von der Firma gewährte Kredit, der durch Raptaproducte sichergestellt sein muß, werde teuer zu stehen kommen. Das Außenhandelsministerium sei verpflichtet, Baku von dem Schädling „Socifros“ zu befreien. Die „Ekononimicheskaja Schiza“ bemerkt dazu von sich aus, die unbedeutenden Leistungen des Außenhandelsministers trügen die Schuld am Abschluß solcher unvorteilhaften Verträge.

Doppelt haltbar

sind Continental-Absätze. Billiger und sparsamer im Verschleiß als Lederabsätze. Durch den neuen Sparkel D. R. P. bleibt der Absatz immer gerade und ist dadurch rascher auszunutzen. Tag für Tag.

Continental

Absätze

Zunächst bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Kautschuk

Führende Häuser des Breslauer Großhandels.



**Aktiengesellschaft
für Webwaren und Bekleidung**
Breslau 5, Gartenstraße 7

C. Lewin

Pelze - Felle - Hüte
Breslau 5

Berlin C.19 - Königsberg I.Pr. - Leipzig
Neue Grünstraße 31 - Steindamm 128/129 - Nikolaistr. 20/26

Moritz Herrstadt

Kleiderstoff-Großhandlung
BRESLAU I :: Karlstraße 30

Jacobowitz & Silberstein

Gegr. 1884 Textilwaren en gros Gegr. 1884
Ständiger Neueingang in Leinen- und Baumwollartikeln jeder Art
Antonienstr. 2/4 (Pokoyhof) BRESLAU I Fernsprecher Ring Nr. 552

M. Forell & Co.

BRESLAU I
Karlstraße 36

Großhandlung
Kurzwaren - Knöpfe - Posamenten
Spitzen - Stickereien - Bijouterien
Haarschmuck
Fabrikation
moderner Weißwaren
Gürtel - Hosenträger

Israel & Skupin

Kurzwaren Knöpfe Besätze **Großhandlung**
Breslau Königsberg Ostpr.
Büttnerstraße 82/83 Steindamm 128/129

Berthold Loewenberg

Kleiderstoff-Großhandlung
BRESLAU I, Schloßhölle 5, Ecke Dorotheengasse
Tel. Ring 5696

Gebr. Peiser

Damen- und Mädchenmäntel-Fabrik
Schweidnitzer Straße 38/40 BRESLAU Telephon Ring Nr. 2568

Louis Weiß

Ledergroßhandlung
BRESLAU I - Wallstraße 18 - Telephon Ring 1493 und 7862

A. Graebisch

Lederlager und Kommission
BRESLAU I - Roßmarkt 11 - Telephon Ring 308

Hermann Scholz

Ledergroßhandlung
Gegründet 1886
Breslau I :: Antonienstraße 2/4
Fernsprecher Ring 794
Reichsbank-Girokonto: Städtische Bank
Postcheckkonto 121

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Abfahrt Freiburger Bahnhof Ankunft
Richtung Hirschberg.
Görlitz-Berlin 500 W 657
Görlitz 803 1245 W bis Canth, Sonntags
bis Königszell. 1202
Königszell 315
Hirschberg 440
Kohlfurt 625
Dittersbach 1014
Verz. 1014
Canth 485 W
Schmolz 605 W
Richtung Deutsch-Lissa.
Hbf. 616 757 1140 211 625 828 1118
Frh. Bhf. 1245 W 535 W 635 W 1235 W 146
255 W 405 W 541 W 645 S 748 W
Richtung Steinau a. S.
Schmiedefeld 855 W
Steinau 440 1239 April bis Sept. 1120
Randten 570
Dyhernfurth 140 W
Richtung Hirschberg.
Hirschberg 746 905 915 1221
Kohlfurt 905 1145
Görlitz 533
Königszell 610 828 Sonntags
Verz. 1014
Canth Oktober bis März 609 W 246 W
Schmolz 697 W
Richtung Deutsch-Lissa.
Hbf. 400 W 845 1048 133 518 822 1124
Frh. Bhf. 515 W 635 W 735 W 125 W 245
354 W 521 W 702 W 803 S 841 W
Richtung Steinau a. S.
Steinau 690
Randten 1011
Dyhernfurth 833
Schmiedefeld 434
Wohlan 635 W 828 Sonntags.

P. KLOSS

Elektrische Licht- und Kraftanlagen.
Fabrik und Lager mod. Beleuchtungskörper.
Ständiges Lager elektrischer Maschinen,
Heiz- und Kochapparate.
Ingenieur-Büro
BRESLAU I, Nikolaistraße Nr. 7
Fernsprecher Amt Ring 4467
Gegründet 1842

Heymann Daniel

Breslau XI, Büttnerstraße 1
Leder-Großhandlung
Ständiges Lager von Ober- und Unterleder
Spezialität: Mollische & Bagorsche Fabrikate

Thorwarth & Hielscher

Breslau, Taubentzenstraße 41
Telephon: Ring 3495 und 7601
Fahrräder und Teile en gros
D.K.W. Hilfsmotore Lieferung nur an Händler

Fritz Sachs & Co.

Kleiderstoff-Großhandlung
Breslau Berlin
Karlstraße Nr. 85 Spandauer Straße 29
Gegründet 1863

B. GUTTENTAG

Herren- und Knabenkleiderfabrik
BRESLAU I Büttnerstraße 26/27 Tel. Ring 1797
Gegr. 1850

HOFFMANN & COHN

Engros **Strumpfwaren :: Trikotagen** Export
Handschuhe :: Wolfwaren
BRESLAU I, Schloßhölle Nr. 16, an der Karlstraße

Reserviert

Caesar Reichert

Breslau Karlstraße 12 Telephon Ring 924
Leinen- und Baumwollwaren-Großhandlung

Goldenkranz & Grünfeld

Breslau I - Karlstraße 40/41
Trikotagen-, Strumpfwaren- und Wolfwaren-Großhandlung

Leopold Loewenstein

Handschuhe, Strümpfe, Trikotagen. Lagerbesuch-lohnend
Breslau, Karlstraße 10, Telephon Ring 2023

David & Schäfer

Wachstuch, Läufer, Teppiche, Decken und Gardinen en gros
Breslau Karlstraße 910 Tel. Ring 1435

Brodek, Lewin & Co.

Herren- und Knabenkleiderfabrik
BRESLAU, Schweidnitzer Straße 10/11 - Telephon Ring 2934

Pollack & Adler

Herren-Kleider-Fabrik - Breslau, Pokoyhof - Telephon Ring 3687

Mützen, Filz- und Strohhüte

Gesellschaft Cohn
Breslau 4 - Antonienstraße 2/4, am Karloplatz - Pokoyhof
Reichhaltige Kollektion - Große Lager - Hüter gegen Raubwaren in Dänemark

Adolph Caro - Breslau

Spezial-Hosenfabrik
Karlstraße 36, III. und IV. Etage - Telephon Ring 7268

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteigenossen und Genossen! Besucht alle die heute Abend 8 Uhr stattfindenden

Distrikts-Versammlungen. Sehr wichtige Tagesordnung!

Frauenleiterinnen und Stellvertreterinnen! Mittwoch, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, 1. Stg., Zimmer 7: Wichtige Sitzung. Redner: Genosse Kaufmann.

Distrikt 15. Zusammenkunft der Funktionäre heute Abend vor der Versammlung, um 6 1/2 Uhr, bei Heinrich, Anderssenstraße 39.

Evangelische Knabenschule 76. Alle Eltern müssen heute Abend 6 Uhr, im Zeichenkaal der Anderssenstraße stattfindenden Elternversammlung erscheinen.

Jugendallisten. Morgen Abend 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Lesesaal.

Achtung, Arbeiterjugend! Heute Abend pünktlich 7 Uhr: Wichtige Funktionärsitzung, im Gewerkschaftshaus.

Die Breslauer Betriebsräte

beschäftigten sich am Sonntag in einer Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses mit dem Reichsmietengesetz. Kollege Vogel gie in seinem Vortrage die Entwicklung, die das Mietrecht während und nach dem Kriege genommen hat, und ging auf die einzelnen Bestimmungen des neuen Gesetzes näher ein. Leider liege zurzeit die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz noch nicht vor, jedoch seine Tragweite noch nicht voll zu erkennen ist.

Es folgte eine sehr fruchtbare Aussprache, die sich besonders auch auf die Aufgabe zum Wohnungsbau erstreckte. Alle Redner waren sich einig, daß die Zwangsmieterschaft auf diesem Gebiet bis auf weiteres nicht abgebaut werden darf. Die Arbeiterschaft wird gewarnt, den Behörden bürgerlicher Interessenten, vor allem auch den Schreibern der Hausbesitzer im „Generalanzeiger“ und anderen Blättern, irgendetwas Gehör zu schenken.

Zum Schluß wurde auf die Zeichnung von Hausanteilscheinen zur Ausführung der Bauprojekte des Konsumvereins „Vorwärts“, und auf die Elternbetriebsräte wählen am 25. Juni hingewiesen, bei denen die Arbeiterschaft ihre Stimmen auf die Liste für Schulkonzepte zu vereinigen hat. Die Breslauer Arbeiterschaft erwartet, daß die Eltern ihre Kinder nicht dem Mißgeschick und dem konfessionellen Haber überantworten.

Kongreß der Handelsvertreter in Breslau.

Der Zentralverband deutscher Handelsvertretervereine hält vom 10. bis 13. Juni in Breslau seinen 7. Kongreß ab.

Der Vorstand der Tagung vereinte die in großer Zahl aus allen Teilen Deutschlands entsandten Vertreter in der feierlich geschmückten Herminie zu einem hochinteressanten Schlußessen. Starke Beifall, besonders vonseiten der auswärtigen Delegierten, ertolten die schlesische Spinnstube unter der bewährten Leitung von Frau Schmidt sowie die ersten und besten Gedächtnisreden Hans Köhlers in schlesischer Mundart. Um den weiteren Verlauf des Abends machten sich u. a. Opernjäger Siegmund Hecker und Frau Habel-Reimers verdient.

Am Sonntag vormittag fand im Sitzungssaal des Schlesischen Provinziallandtages im Beisein der Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, die feierliche Eröffnung des Kongresses statt. Der Vorsitzende Karl Wilhelm Wolf begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste und betonte, daß die Handelsvertreter größten Wert darauf legen, daß die leitenden Persönlichkeiten einen tieferen Einblick in das Wesen ihres Berufes erhalten. Zum Schluß dankte er dem traurigen Schicksal eines Teiles der Oberklasse, die in diesen Tagen unter dem Zwang der Fremdwirtschaft gefährt werden. Alterspräsident Stroebel-Hamburg betonte in seiner Eröffnung des Kongresses, daß Breslau für den Zentralverband der Handelsvertreter eine Stadt von größter Bedeutung ist. Auch er gedenkt des traurigen Schicksals Oberklasse.

Oberregierungsrat Fischer übermittelte der Tagung die Grüße des Handelsministers, der die wichtige Stellung der Tätigkeit der Handelsvertreter im Handel durchaus anerkennt und beklümmert den Kongreß zu seinem Tagungsort auf dem vornehmsten Posten heutiger Kultur im Osten.

Oberpräsident Zimmer begrüßte die Tagung in der Heimatproving und knüpfte daran die Hoffnung, daß es dem Handel und den Handelsvertretern gelingen möge, die so dringend notwendige Verbindung mit dem Osten, d. h. mit Rußland und Polen, herzustellen. Er begrüßt den Kongreß als einen Läuterungsprozeß, dem es gelingen möge, alle unläuternden Elemente, die den ganzen Handel in schlechten Ruf gebracht haben, auszumergen.

Oberbürgermeister Dr. Wagner hieß die Handelsvertreter in Breslau willkommen und wies darauf hin, daß Breslau als Handelsstadt immer ein reges Interesse am Handel haben müsse und auch habe. Zu der viel angefeindeten Gewerbesteuer ist die Stadt durch die verwerfliche Lage ihrer Finanzen gezwungen worden. Er begrüßt die Tagung nicht nur als eine Tagung ernster Arbeit, sondern auch als eine nationale Tat.

U. a. ergriß auch noch der Vizepräsident der Breslauer Handelskammer, Fabrikdirektor Peter, das Wort, um das gute Verhältnis zwischen Handelsvertretern und Handelskammer hervorzuheben.

Schließlich überbrachten als ausländische Vertreter von der Borz-Amerdam die Grüße der niederländischen Handelsagenten und Herr Adolf Wien aus Prag die der Prager Agenten.

Generalsekretär Dr. Behm-Berlin gab in seinem Referat 20 Jahre Zentralverband in großen Zügen einen Überblick über die Entwicklung der Organisation.

Reichstagsabgeordneter Brodau-Schemm (D.D.V.) sprach alsdann über „Das Unrecht der Umsatzsteuer für die Handelsvertreter“. Am Schluß des Referates nahm die Tagung einstimmig eine Resolution gegen die Umsatzsteuer der Handelsvertreter an.

In dieser Woche werden noch eine Reihe Sitzungen abgehalten.

Für den Volkstanzabend der Breslauer Jugend

am 27. Juni im großen Saale des Konzerthauses macht sich ein recht reges Interesse bemerkbar. Der Kartenverkauf in der Geschäftsstelle der Schulentlassenen-Wohlfahrt, Gartenstraße 3, Hinterhaus, Zimmer 13, in den Buchhandlungen von Anenarius, Taxenstraße 2, und Zimmer, Albrechtstraße 52, sowie in den Vertriebsabteilungen von Kallenbach, Taschenstraße 29/31, und Kallenbach, Albrechtstraße 30, hat am Freitag begonnen. Die Vortragsfolge sieht u. a. wieder für großen Chor, Wechselspiele mit Einzelstimmen, einen alten Johannsreigen und das Märchenstück vom „Gewitter Tob“ vor. Auch die Arbeiterjugend nimmt an den Veranstaltungen teil.

Genehmigungszwang für Milchgeschäfte.

Der Magistrat teilt mit:

In letzter Zeit haben sich die Verkäufe von Geschäften, die zum Milchhandel zugelassen worden waren, gehäuft. Wie bekannt, besteht der Genehmigungszwang für Milchverkaufsstellen. Die bereits erteilte Handelslaubnis gilt nur für das betreffende Geschäft und den damaligen Inhaber. Mit dem Verkauf der Geschäfte erlischt die Erlaubnis zum Milchhandel. Damit käufen etwaige spätere Entkäufungen erspart bleiben, wird ihnen empfohlen, sich vor Abschluß des Kaufes die schriftliche Zusage der Zulassungsstelle - Magistrat, Stadtverteilungsstelle, Mühlentplatz 6/7 - über die Weiterbefassung der Genehmigung zum Milchhandel in dem zu erwerbenden Geschäft einzuholen.

Aus Gründen der gesundheitspolizeilichen Ueberwachung muß angefordert werden, die übergroße Anzahl der Milchgeschäfte in Breslau immer mehr einzuschränken. Das örtliche Bedürfnis, das sich aber nicht nach Einzelwünschen der Anwohnerschaft richten kann, wird bei jedem Geschäftsverkauf besonders scharf geprüft werden, jedoch in sehr vielen Fällen der neue Geschäftsinhaber die Erlaubnis zum Milchhandel nicht wird erhalten können, obgleich sie der Vorgänger hatte. Von jedem Geschäftsinhaber, der den Handel mit Milch ausüben will, wird außerdem der Nachweis seiner besonderen Sachkunde gefordert werden. In nächster Zeit werden sämtliche Milchverkaufsstellen nochmals nachgeprüft werden, ob sie die nach den Richtlinien der Genehmigungsstellen auszuführenden Waren (Petroleum, Kerze und sonstige übertragende Waren), weiterführen. Es steht zu erwarten, daß auf hierbei viele Konzessionen zurückgezogen werden müssen.



Angestellte Vertrauensleute der Afabverbände

Sorgt in allen Betrieben dafür, daß die Angestellten sofort zur Wahl gehen und der Liste des Afabundes, beginnend

Aberhold - Herrmann

ihre Stimme geben. Die Wahlen finden am

Montag und Dienstag in der Zeit von 4-9 Uhr in der jeweiligen Steuerabteilung statt.



Mißstände in der Breslauer Personenschiffahrt.

Zu diesem Artikel in der „Volkswacht“ vom 19. Mai d. Js., Nr. 116, wird uns von Herrn Katteln geschrieben:

Meine Schiffsfahrer sind zuverlässige und umsichtige Leute und besitzen den Befähigungsnachweis, Dampflichte zu jeder Zeit fahren zu dürfen. Allerdings, wenn sich in meinen Betrieben Säuer und Spitzbuben entpuppen, dann werden dieselben unweigerlich sofort entlassen.

Daß mit der Leistungsfähigkeit des Personals bei dem Personenschiffahrt Raydbau getrieben und dadurch infolge Schlaftrunkenheit Unfall zu Unglücksfällen gegeben wird, trifft nicht zu. Auch daß meine Schiffsfahrer 16 und mehr Stunden täglich beschäftigt werden, entspricht nicht den Tatsachen.

Was die Stärke der Schiffsbesatzungen auf meinen Schiffen anlangt, so ist dieselbe ausreichend. Auch meine im Betriebe befindlichen Leute erkennen es an, daß der Betrieb eine Mehrbesatzung nicht verträgt, und sind mit ihrer Stellung sehr zufrieden. Nebenfalls besteht zwischen mir und meinen Angestellten das beste Einverständnis.

Es liegt für das Publikum keinerlei Gefahr irgend welcher Art vor. Als letzter Versuch, Breslau die Personenschiffahrt zu erhalten, laufen in diesem Jahre die Dampfer von Breslau direkt bis Wilhelmshafen, um ein öfteres Mandrieren mit der Maschine zu erparten, bzw. die Arbeit des Maschinisten auf das allerniedrigste Maß zu beschränken. Die Maschine kann daher ohne Unterbrechung bis Wilhelmshafen laufen, und der Maschinist ist jeden Augenblick zur Ausführung eines Kommandos in Bereitschaft. Sollte aber dieser letzte Versuch auch wieder durch Nichtrentabilität scheitern, so sind die Personenschiffahrt für das nächste Jahr aus Breslau verschwunden.

Was die mir vorgeworfene Profitgier betrifft, so möchte ich dies dahin beleuchten, daß ich im vorigen Jahre wiederholt arme Kinder aus Breslau unentgeltlich auf meinen Dampfern, sogar über die Ostwäher Schleiße hinaus, etwa gegenüber von Treßden und zurück gefahren habe, und einmal eine Anzahl von 1200 Kindern freie Fahrt nach Wilhelmshafen und zurück gewährt habe, und dort für jedes Kind Kaffee und Kuchen für meine Rechnung verabsolgen ließ. Wenn sich der Besuch bei der Personenschiffahrt nicht steigert, gehe ich mit meinen Personenschiffahrt von selbst, denn der vorjährige schöne Sommer brachte im Personenschiffahrt außer Abkürzung und Verzinsung einen Verlust von 50 000 Mark.

Gerichtliches.

Die Eierkisten im Personenschiffahrt.

Im Februar kam der Handelsmann Wätner aus Berlin nach Schlesien, um hier Eier aufzukaufen. Da beobachtete ein Bahnschaffner auf dem Breslauer Hauptbahnhof, wie Wätner die Eierkisten im Personenschiffahrt unterbringen wollte. Der Bahnschaffner unterlagte ihm dies, worauf Wätner antwortete: „Wenn er man 20 oder 30 Mark geben würde, dann würde es schon gehen“. W. wurde dann aufgefordert, die beabsichtigte Veräußerung zurückzunehmen und eine Geldbuße zu zahlen. Da W. dies ablehnte, wurde Anzeige erstattet. Am Donnerstag stand er nun vor dem Breslauer Schöffengericht. Er gab zu, die beabsichtigte Veräußerung getan zu haben. Das Gericht erkannte auf 500 Mk. Geldstrafe.

Gasdiebstahl.

Ein hiesiger Schmied glaubte, dadurch seine Gasrechnung zu verringern, daß er von seinem Müllgasmesser die Uhr abschraubte und ein Stück Krummrohr einsteckte. Sobald eine Kontrolle erwartet wurde, brachte er den Messer wieder in Ordnung. Es fiel jedoch nur auf, daß er im Verhältnis zu früheren Zeiten einen auffallend niedrigen Gasverbrauch hatte. Als dann eines Abends im Februar eine unentdeckte Revision vorgenommen wurde, fand man die Uhr abgeschraubt und das Krummrohr eingesetzt. Die Betriebsverwaltung nahm zunächst von einer Anzeige Abstand, überließ aber eine, keinem früheren Gasverbrauch entsprechende Rechnung über 1300 Mark. Als er sie aber weitergeleitet, den Betrag zu zahlen, stellte die Betriebsverwaltung der Gasanstalt Strafantrag. Das Schöffengericht ließ die Tat als schweren Diebstahl an, da er beim Abschrauben der Gasuhr Gewalt anwenden mußte. Es erkannte auf die niedrigste zulässige Strafe von 8 Monaten Gefängnis, bewilligte ihm aber eine Bewährungsfrist, wenn er binnen 3 Monaten 1000 Mk. an die Gasanstalt zahlt.

Verurteilung eines Minderjährigen.

Ein Arbeiter hatte ein 15-jähriges Mädchen ins Haus genommen, die bei Familienangehörigen die häuslichen Arbeiten verrichtete. Doch bald entwickelte sich zwischen dem Mädchen und dem

20-jährigen Sohn ein intimes Verhältnis. Da die Eltern des Mädchens Strafantrag gegen den jungen Verführer gestellt hatten, stand dieser nun vor dem Schöffengericht, um sich wegen Vergehens gegen § 182 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Gericht erkannte auf 300 Mark Geldstrafe, da er ein unbescholtenes Mädchen unter 16 Jahren verführt hat, zog aber bei Abmessung der Strafe die Jugend des Angeklagten in Betracht.

2. Reichs-Arbeiter-Sport-Woche.

Vorverkaufsstellen für Eintrittsbillets: Konsumlager Striegauer Platz, Bärenstraße, Schwendelfstraße, Wirtschaftsausschlag Neumarkt, Buchhandlung „Volkswacht“, Graupenstraße, „Volkswacht“, Flurstraße, „Arbeiterzeitung“, Mikolajstraße, Zigarrengeschäft Julius Hübner, Matthiasstraße 100; Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus; Fahrradhaus „Frisch auf“, Mikolajstraße 42 und beim Festkaffier H. Land, Anderssenstraße 42. 3. Stad, von 4 1/2 Uhr ab. Außer dem Sportabzeichen beträgt der Eintritt zur Radrennbahn Siebplatz 5 Mark, Kinder unter 14 Jahren 2 Mark, Siebplatz 10 Mark. Kinder vollen Preis.

Festschrift und Abzeichen sind bei allen Mitglieder der Arbeiter-Sportvereine und in sämtlichen Konsumläden des „Vorwärts“ zu haben. Bektere berechtigen zum Eintritt zu den in der Festschrift angegebenen Wochentags-Veranstaltungen, außer dem am Sonnabend, den 24. stattfindenden Saalportfest im Schießwälder. Bunter Sportprogramm, erstklassige Leistungen, ausgeführt von allen Arbeiter-Sportvereinen. Genossen, Gewerkschaftler, Sportfreunde, besorgt euch in den oben angegebenen Vorverkaufsstellen Eintrittsbillets zur Radrennbahn. An der Kasse erhöhter Preis. Kinder erhalten zum Siebplatz Karten nur an der Kasse. Schwerkrankenverletzte (Beinverletzte) in ihrem Büro. Näheres durch Inserat am Donnerstag.

Stadtheater.

„Götterdämmerung“.

Nun ist der „Ring“ zusammengeschweißt, in wagnvoller Pflage, aber nicht als Müß ohne Zweck. Der harte Arm Julius Krümers hat ein Meisterwerk geschmiedet, vor dem wir bewundernd stehen. Das Orchester klang bis zur letzten Note des fast fünfständigen Musikwerks frisch und voll; der Chor, der die endlosen Dialoge wohntlich unterbricht, war von tumultuarischer Lebendigkeit, teilweise mit auffallenden Naschöpfen und schlecht sitzenden Perücken ausgestattet, himmlisch von gelingender Wohlgezogenheit. Siegfried (Paul Maier) und Brünnhilde (Bella Fortner-Halberth), die sich in „Götterdämmerung“ nicht mehr so sehr mit Göttern, Zwergen, singenden Lindwürmern und dergleichen mehr abzulagen haben, konnten hier den menschlichen, einzig ergreifenden Kern der gemaltigen Sage mit aröcher Wärme ausstrahlen lassen. Der volkbargeschmückte Siegfried der „Götterdämmerung“ steht Paul Maier besser als der junge Kunt, der auszieht, das Märchen zu lernen, und die racheheißende Brünnhilde des letzten Tags des „Rings“ entspricht ganz dem Stimmformat von Bella Fortner-Halberth. Der königlichen Memme Günther, dem jammerwollsten Wanne, wie er sich selbst treffend charakterisiert, gab Karl Kudow ein angenehm berührendes Plus an Mimik und die resonanzkräftige Fülle seines Organs auf den Weg. Maria Kalli möchte sich in der ewig dunklen Normenstimmene durch den Wettbewerb mit den papalen Stimmen von Charlotte Dörwald und Marga Reich Löne von einer bisher unbekanntem Größe ab, hoffentlich nicht zum Schaden ihres unbeeinträchtigt bleiben sollenden Schmelzes. Das Rheintochterpaar (Wilhelmine Kollner, Elli Mirko), Hildegard Gajewska) gab einen prächtigen Zusammenklang. Rudolf Witekopf und Rudolf Söhberg sowie Elli Pfeiffer als fast heimlicher Gast sind in ihren Leistungen als vorzüglich bekannt.

Die Regie Dr. Georg Paulys hatte von gewaltigen Menderungen Abstand genommen und auch das Schlußtableau in der alten, trotz Banreuth höchst unzulänglichen Anordnung vom Stapel gelassen. Hier sollte man - im Ernst gefordern - den Film zu Hilfe ziehen, um so das leidige Mißverhältnis zwischen Wagners unerfüllbarer Regieanweisung und dem effektiven Bühnenbild auf ein erträglich Maß herabzumindern.

Liebig-Theater.

„Der Blonde Engel“.

In modern und vornehm zurückgestuftem Gewande präsentiert sich seit Beginn der Sommertheater das Liebig-Theater mit seinen inneren Räumen. Es ist nur schade, daß sich der Ehrgeiz, vornehm zu wirken, nicht auch auf das rein künstlerische Wirken übertrug. Denn über den von Richard Kehler verfassten und von Robert Winterberg vertonten Schwanz, den wir zu sehen bekommen, läßt sich bei großer Rücksicht kaum etwas Gutes sagen. Bis ja bis auf die Darsteller, von denen vor allem Paul Heidemann äußerst angenehm aus dem Rahmen tritt. Und wenn das Stück ohne den geringsten literarischen Wert schon nichts sagt, so muß man sich eben mit Paul Heidemann und seinen weiblichen Partnern begnügen, wobei man auf seine Rechnung kommt.

Wenn man diesen Reiker, genannt „Der Blonde Engel“, der an Eindeutigkeiten durchaus nicht arm ist, nicht wenigstens ohne Not noch mehr verfilmen würde. Aber da hören wir im dritten Akt ein Lokalcouplet, daß uns eine Gänsehaut überläuft und wir uns wundern, daß mit solchen Platteletten Erfolge zu machen sind, denn: Es verfehrt bei Liebig doch ein gutes Publikum. Ein Stammpublikum. Sind besser Wünsche wirklich so bescheiden? - - - 3.

Unser täglich Brot.

In deinem Brot für fünfzehn Mark und achtzig hängt mein du hinstehst, allerlet - Der Landmann läßt sich neue Ställe bauen, behängt mit Holz und Perlen seine Frauen; er zählt das Geld nicht mehr - er muß es wiegen - wo soll er nur den Krempel unterbringen? Im Flusse treibt ein neues Segelboot - von deinem Brot.

Die Mühlen mahlen. Unternehmer grinzen. Die Werke tragen unerhörte Zinsen. Kein Käufer streift. Er kann und muß es tragen. In den Garagen kummern neue Wagen, weil man die besten Dividenden hat von deinem Brot.

Der Bäcker haßt. Die Böden steigen mächtig, doch vom Gewinne geht kein Pfennig raus. Die Menschen leben vom Gehalte in dem Mund. Der Bäcker haßt. Und macht sich sehr gesund. Er ist der Preiselwurm; der Despot - von deinem Brot.

So geht der Preis: kein Landwirt hat genug. Die Industriellen hängen reicher als die Bauern. Wer hat, der hat. Nun leht ihr andern zu. Sie leiden nicht. Wer leht sich zu. Sie klagen auf die Waren ihres Baus. Das ist noch kein. Was das muß noch heraus. Sie wollen alle leben fett und reich. In Wägen Autos, Kutschwagen und weiß Goldschmuck, Jodel und bei Frauen Anzug. Das, Deutsche, ist dein Brot.

Nachklänge zum Eisenbahnbeamtenstreik.

An dem Eisenbahnbeamtenstreik im Februar beteiligte sich auch der 35 Jahre alte Werksführer Karl Gehl aus Dittersbach. Das Disziplinargericht, das jetzt in Breslau zusammentritt, erkannte deshalb gegen ihn auf Dienstentlassung.

Der Gerichtshof setzte sich zusammen aus dem Landgerichtspräsidenten Gehl, Justizrat Witte-Breslau als Vorsitzenden, und den Beisitzern Landgerichtsrat Gehl, Justizrat Fiedler, Gehl, Oberpostrat Zuraug-Riegnitz, Militär-Intendanturrat Dreher und Oberlandesgerichtsrat Gehl, Justizrat Sachse. Die Anklage vertrat Regierungsrat Lauterbach.

Der Angeklagte ist Mitglied der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter und war Vorsitzender der Fachgruppe der technischen Beamten in Dittersbach. Die Anklage wirft ihm vor, sich im Februar 1922 am Streik der Eisenbahnbeamten beteiligt und hervorgerufen am Ausbruch des Streiks und zur Fortsetzung des Streiks gewirkt und hierdurch gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 verstoßen, das ihm übertragen Amt grob vernachlässigt und sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt zu haben. Er wird aber weiter beschuldigt, sich nicht nur am Streik beteiligt zu haben, sondern auch auf andere Beamte im Sinne der Streikbeteiligung eingewirkt und anderen Streikbrecherarbeit vorgeworfen haben. Auch soll er geküßert haben, es würde nicht mehr lange dauern, dann seien sie oben, dann werde es anders und sie würden es sich noch sehr überlegen, ob sie mit den Kollegen zusammenarbeiten werden, die ihnen in den Rücken gefallen sind. Gehl habe sich aber auch energisch für den Streik eingesetzt. Er selbst streikte, obgleich seine Nachgewerkschaft nicht mitstreikte. Darüber hinaus aber schloß er sich der Streikleitung an, auch rief er am Telefon: Hier Streikleitung Gehl, und er ließ seine Bekannten grüßen von der Streikleitung. Ferner soll er es abgelehnt haben, Lokomotiven für Arbeiterzüge zu stellen.

Alle diese vorliegenden Tatsachen wurden auf Grund von Angaben der Kollegen des Gehl festgestellt, deren kommissarische, eideschwurliche Aussage vorlag.

Der Angeklagte erklärte, daß er am 1. Februar die telegraphische Nachricht erhielt, daß die Reichsgewerkschaft den Streik der Eisenbahnbeamten beschlossen habe. Da er der Gewerkschaft angehört, habe er geglaubt, dem Beschluß Folge leisten zu müssen. Er glaube nicht, daß er sich dadurch strafbar macht, da ja der Regierung die Satzungen der Reichsgewerkschaft bekannt sind, in denen sowohl von Streik, als auch von Streikunterstützung die Rede ist. Die Angaben der Zeugen aber erklärte er für ungenau; alle Äußerungen seien in einem ganz anderen Zusammenhang gemacht worden. Als ihn der Vorsitzende fragte, warum er denn gestreikt habe, erklärte er: „Er habe nicht gewußt, um was gestreikt wurde.“

Der Präsident hält ihm vor, daß eine Anzahl Erlasse herausgegeben worden sind, die sich gegen einen Streik der Beamten aussprechen. Es ermahnen solche am 18. August 1918, am 17. Dezember 1920 und am 25. Januar 1922, die alle den Beamten das Streiken verbieten.

Der Angeklagte sagt, daß er an diesen Erlässen nichts gewußt habe.

Der Anklagebesitzer beantragte Dienstentlassung. Artikel 130 der Reichsverfassung gibt den Beamten das Versammlungsrecht, aber nicht das Streikrecht. Die Satzungen der Gewerkschaft seien keine Gesetze. Gutgläubigkeit kann dem Angeklagten nicht zugute gehalten werden. Es steht außer allem Zweifel, daß die Reichsregierung immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, wie er einen Streik der Beamten nicht an. Für den Angeklagten ist das Vergehen der Arbeitsverweigerung besonders schwer, da er an dem Verantwortungswort und einflussreichem Posten stand. Ein Verhältnis gegenseitiger Treue, das von einer Seite gebrochen wird, kann nur die Dienstentlassung zur Folge haben. Rechtsanwalt Dr. Bernke in als Verteidiger des Angeklagten, wies auf die damalige verworrene Situation hin. Die Gemüter waren erregt, niemand wußte recht, was los war. Alle tauschten ihre Meinung aus und diese gab auch der Angeklagte zum Besten. Er sei entschlossen nur Mitarbeiter gewesen und bitte deshalb um dessen Freisprechung.

Das Gericht erkannte auf Dienstentlassung, indem es betonte, daß es der übereinstimmende Standpunkt der Regierung sei, was in den verschiedenen Erlässen zum Ausdruck kommt, daß den Beamten kein Streikrecht zusteht. Der Angeklagte hat sich in gehobener Stellung befunden, er hat sich hervorragend am Streik beteiligt und hat auch andere dazu aufgefordert. Das Dienstvergehen des Streikes ist ein schweres, da der Beamte ein Diener des Staates ist. Es war deshalb auf Dienstentlassung zu erkennen. Der Angeklagte will Berufung beim Reichsdisziplinargericht einlegen.

Die Arbeit des städtischen Einigungsamtes.

Bei dem städtischen Einigungsamt haben im Mai 1927 neue Anträge ein, und zwar 133 ausgehend von Mietern, 1101 von Vermieterinnen, 103 von Anismietern. Erledigt wurden 825 Fälle, darunter 144 durch Vergleich, 87 durch Zurücknahme des Antrages und 594 auf andere Weise. Von den erledigten Anträgen fallen 538 unter die Mietrechtsverordnung vom 28. September 1918 und 61 unter die Verordnung des Wohnungswirtschaftsministers vom 9. Dezember 1918, während weitere 5 Fälle Mietrechtsfragen, 31 die Genehmigung zur Zwangsversteigerung, 45 die Festsetzung eines Zwangsversteigerungstermins, 6 eine Ermäßigung der Miete und 89 verschiedene Beschwerden betreffen.

* **Kurtischer Wetterbericht.** Im Süden der abgehenden Depression haben wir am Montag noch kaltes, veränderliches Wetter zu erwarten, lebhafte westliche Winde, auch noch Regen.

* **Die Preissteigerung der städtischen Straßenbahn erfolgt Freitag, den 18. Juni.** Der Fahrpreis für die Einzelfahrt beträgt von diesem Tage an 2,50 RM, nach 11 Uhr abends 4 RM.

* **Die städtische Volkshochschule** eröffnet am 18. Juni bis 18. Juli, die eben daselbst befindliche Lesehalle vom 19. Juni bis 18. Juli geschlossen.

* **Städtischer Totenbesuch.** Die Steinruhe 48/50 wohnhafte Jüdischein Helene Rahmann ist in der Nacht zum Montag von der Hausstiege in den Fluß abgestürzt und hat ihren Tod gefunden. Die Leiche der 47 Jahre alten Frau wurde in des Schauhaus gebracht.

* **Die Beerdigung des ermordeten Hermann, die nach der Obduktion aus der Anatomie wieder in die Wohnung, Goethestraße 42/44 gebracht wurde, wird heute vom Innenamt aus auf dem Dorstener-Friedhof an der Steinstraße erfolgen. Die Beerdigung hat bisher noch wenig Aufmerksamkeit erregt, da der Schloßherr des Ermordeten, der hiesige hiesige Doktor, noch immer nicht aus der Untersuchungshaft entlassen werden konnte.**

* **Kongresshaus Joo.** Johann Strauß aus Wien gibt vom 12. bis 15. Juni 4 Konzerte im Kongresshaus Joo. Der hiesige Komponist wird ebenfalls mit seinem Begleitband, dem er nicht gern die Wiener Musik unter seiner persönlichen Leitung erlassen, gewinnlos für sich durch seine konzertantentele. Er wird eine eigene Orchesterleitung. Jeder Abend trägt auch diesmal wieder seinen eigenen Charakter und zwar ist der 1. Abend „Ein Abend in Wien“, der 2. Abend „Die alte Wiener Operette“, der 3. Abend „Ein Strauß von Strauß“ und der 4. Abend „Wien, Wien und Wien-Abend“ benannt. (Siehe auch Jostens).

* **Gelände** wurde am Sonnabend, am der Ober der 16jährige Schüler 2 x 1 von Reichstraße 1, der vor 3 Tagen beim Toben in der Ober zwischen Schloßgasse und Dorstener-Friedhof ertrank. Die Leiche ist in des Schauhaus gebracht worden.

* **Alles wird glücklich.** Von zwei Hundstößen, die auf dem Wege auf dem Kaiser-Deiche entlang angefallen sind und auf geschicktem Weise die Gefahr „Dass Hundstöße“ trugen, sind die Leiche unbeschädigt abgeholt und entsorgt worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftskongress in Leipzig.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat seinen Bericht an den Kongress in Leipzig 1922 für die Zeit vom 1. Juni 1919 bis 31. Mai 1922 in einer 207 Seiten umfassenden Broschüre herausgegeben und den Delegierten der Organisationen zum Kongress bereits zur Verfügung gestellt.

Der Bericht gibt einen guten Überblick über das gewaltige Verstum von Arbeitergewerkschaften und sozialpolitischer Art, die in dieser Berichtsperiode erlebte und in Angriff genommen wurden. Für jeden auf sozialpolitischem und gewerkschaftlichem Gebiete Interessierten bietet der Bericht eine Fundgrube des praktischen Wissens. Von den wichtigsten Abschnitten seien nur genannt: Die Gewerkschaften in den abgetrennten Gebieten, das Konstitutionsrecht, der Kampfbuch und seine Begleiterscheinungen, Fürsorge für die Erwerbslosen, die Bekämpfung der Leuzung, Wirtschaftspolitische und Steuerforderungen, Förderung des Wohnungsbaues, Sozialpolitik, Bauarbeiterfrage, Durchführung des Friedensvertrages, Wiederaufbau Nordfrankreichs und Durchführung der Reparationsverpflichtungen, Frauenarbeit und Arbeiterinnenfragen, Lehrlingswesen und Jugendorganisation, Bildungsfragen.

Die meisten der hier aufgeführten Abschnitte haben teilweise drei und mehr Unterkapitel. Ungefähr 18 Abschnitte wurden von uns gar nicht benannt. Wir glauben, so übersichtlich veranschaulicht zu haben, was bedeutenden Umfang der Bericht des Bundesvorstandes diesmal aufweist, daß wir es bei der Aufzählung der genannten wichtigsten Kapitel bewenden lassen können. Der Bericht ist in der Verlagsbuchhandlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. B. H. Berlin SO. 16, erschienen und steht Interessenten zum Preise von 35 Mark zur Verfügung, soweit überhaupt noch Exemplare abgegeben werden können. Der gefamte Bericht wird auch in dem nach Beendigung des Gewerkschaftskongresses erscheinenden Protokoll des Kongresses enthalten sein.

Die Bergarbeiter-Verbände lehnen das vorläufige Lohnabkommen ab.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die vier großen Bergarbeiterverbände befaßten sich am Sonntag in Gegenwart des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers in Essen mit dem in Berlin auf dem gemeinsamen vorläufigen Abkommen über die Lohnregelung, die Arbeitsstundenfrage und den Krankentarif. Trotz Empfehlungen des Abkommens durch die Regierungskommission, sowie die Vorsitzenden der einzelnen Verbände wurde das Abkommen mit 330 gegen 93 Stimmen bei zahlreichen Stimmentzückungen abgelehnt. Die meisten Redner wandten sich gegen das Ueberichtsabkommen und riefen die heftige Angriffe gegen die Regierung. Hufmann, der Führer des alten Bergarbeiterverbandes behauptete in seinem Schlusswort das negative Ergebnis, das eine ungeklärte Situation schaffe. Er stellte in Aussicht, daß die in den nächsten Tagen zusammen tretenden Verbände den Versuch machen würden, neue Verhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen. Vielleicht sei es möglich, zu einer Lösung zu kommen, die den Bergleuten das gebe, was sie brauchen und die der deutschen Volkswirtschaft zu der Mehrförderung an Kohlen verheißt, auf die die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk unbedingt angewiesen sei.

Internationaler Holzarbeiterkongress.

Heute tritt in Wien der Kongress der Internationalen Union der Holzarbeiter zusammen. Die Internationale der Holzarbeiter ist eine der ältesten internationalen Gewerkschaftsverbände. Bereits im Jahre 1891 fand in Brüssel der erste internationale Holzarbeiterkongress statt. Der damals unternommene Versuch, eine dauernde internationale Verbindung der Berufsorganisationen herbeizuführen, schlug jedoch fehl. Obwohl in der Folgezeit wiederholt internationale Holzarbeiterkongresse abgehalten wurden, gelang es erst im Jahre 1904 auf dem Kongress in Amsterdam, eine Organisation von dauerndem Bestand zu schaffen. Damals waren 10 Länder mit 17 Verbänden und 150.000 Mitgliedern vertreten. Zum Sekretär der Internationalen Union wurde Leipzig, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gewählt. Seiner Tatkraft gelang es, die Organisation in mühevoller Weise auszubauen. Nach während des Krieges wurde die Verbindung durch das in vier Sprachen erscheinende „Bulletin“ mit Hilfe der Neutralen aufrecht erhalten. Der erste Kongress der Union nach dem Kriege fand im Dezember 1919 in Amsterdam statt. Hier wurde beschlossen, den Sitz der Union nach Amsterdam zu verlegen. Zum Sekretär wurde Wöndenberg, der Vorsitzende des Niederländischen Holzarbeiterverbandes, gewählt. Am Schluß des Jahres 1921 waren der Internationalen Union aus 18 Ländern 36 Organisationen mit 536.347 Mitgliedern angeschlossen, von denen nahezu die Hälfte auf Deutschland entfällt.

Die wichtigste Aufgabe des Wiener Kongresses wird die Beschaffung über das Statut der Internationalen Union sein, das von dem auf dem Amsterdamer Kongress gewählten Exekutivkomitee vorgelegt wird. Von dem mit dem Moskauer Sympathisierenden Schweizerischen Holzarbeiterverband war der Antrag gestellt worden, den Allrussischen Holzarbeiterverband zum Kongress einzuladen. Das Exekutivkomitee hat diesen Antrag abgelehnt und die Umfrage, die darauf vom Vorstand des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes bei den angeschlossenen Organisationen veranstaltet wurde, zeigte nicht das vor ihm gewünschte Ergebnis. Es ist möglich, daß der Antrag auf dem Kongress wiederholt wird, doch ist kein Schluß auf zweifelhaft. Wir werden über die Verhandlungen des Kongresses am Schluß zusammenfassend berichten.

Zur Entlassung des Reichsministerpräsidenten ist die Entscheidung über die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen einseitig der Partei zuzurechnen, insbesondere der Regierung des Reiches, mit Wirkung vom 15. Juni 1922 ab, dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung übertragen worden. Nachdem die Aufgaben seit 3 Jahre lang im Reichsarbeitsministerium bearbeitet worden sind und die Auslegung der in Frage kommenden Gesetzesstellen in den wichtigsten Punkten feststeht, befinden sich keine Bedenken, die weitere Bearbeitung in die Hand einer Stelle des Reiches zu legen, der zuzurechnen ist, wie die Tarifverträge und die Führung der Tarifverträge, bereits obliegen. Da gleichzeitig die eingereichten Besuchen der bisherigen Tarifabteilung des Ministeriums in der Reichsamt für Arbeitsvermittlung übertragen werden, so erachtet die reichsweite Durchsicht der Aufgaben auch jetzt noch möglich. Die Bearbeitung der grundsätzlichen Fragen des Tarifvertragsrechts, insbesondere jene gesetzliche Angelegenheiten, bleibt weiter bei dem Reichsarbeitsministerium. Aufträge auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen sind vom 15. Juni 1922 ab unmittelbar an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, Berlin NW 6, Außenposten 22/24, zu richten.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Lügen haben kurze Beine!

Wie leitende und führende Genossen verurteilt werden, hat am Donnerstag eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht gezeigt.

Kaufmann Döber 1921 hielt der Landbau unter Leitung des Herrn Hermann von Nitzsch in Glimmeritz eine Versammlung ab, die sich auch mit Stützungsfragen beschäftigte. Dazu sprach in der Distrikte ein Herr Döber aus Kottwitz, Kreis Neumarkt, der als Novemberkongress einmal eine kurze Zeit der SPD angehört hatte und jetzt nicht auf sie zu sprechen ist. Er behauptete, daß die Sozialdemokraten, soweit sie Parteimitglieder sind, die Stützungen nicht fördern, sondern eher ver-

hindern, denn das habe er bei dem Amtsvorsteher Franz in Kottwitz festgestellt. Derselbe eigne sich überhaupt nicht zum Amt, sei aber ein Parteigenosse und guter Freund des Amtsvorstehers Growig in Kottwitzdorf und da letzterer von Franz Spedate erhalten habe, so ist Franz dadurch im Kreisrat gewählt worden.

Diese Behauptung war natürlich ein gesundes Freileben für die Gegner und sie ist auch weidlich ausgeschlachtet worden. Als Genosse Growig von seinen Parteifreunden auf die Verleumdung aufmerksam gemacht wurde, ersuchte er Herrn Barinid um Zurücknahme dieser falschen Anschuldigung und als dieses nicht geschah, mußte er klagen.

Im Termin konnte der Angeklagte seine Behauptung nicht im Geringsten aufrechterhalten, denn die Spedate waren eitel Lustgebilde, selbst kein Zeuge verlegte, jedoch die Richter eine strenge Strafe für notwendig hielten. Genossen Growig aber war es vor allen Dingen um Aufklärung der falschen Anschuldigung zu tun, und es lag ihm weniger an seiner Bekämpfung, jedoch er die Richter um Mitleid für den Angeklagten bat.

Daraufhin wurde von einer Freiheitsstrafe abgesehen und Barinid zu 300 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Das Urteil soll auf Kosten des Angeklagten im Kreisblatt veröffentlicht werden. Unseren Parteifreunden auf dem hiesigen Lande empfehlen wir dringend, da, wo die Gegner zum schmutzigen Mittel der Verleumdung greifen, solche Fälle unter Angabe von Zeugen sofort dem Parteisekretariat im Gewerkschaftshaus zu melden.

Erster Bildungsabend.

Das Göttinger Programm.

Am Freitag abend fand im Gewerkschaftshaus der erste Abend des diesjährigen Bildungskurses statt. Genosse Dr. Hamburger behandelte das Göttinger Programm. Nach einem kurzen Rückblick auf das Göttinger Programm, seine Bedeutung und die Bedeutung eines Parteiprogramms überhaupt, gab er einen kurzen Abriss über die Entstehungsnotwendigkeit und -Geschichte des neuen Programms von Götting, dessen allgemeinen thematischen Teil, das Fundament, auf dem sich die Einzelabschnitte des zweiten, besonderen Teiles aufbauen, er soeben eingehend erläuterte.

Das Programm, das sich an die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land wendet, an alle, die von ihrer Hände Arbeit leben (wie viele sind noch nicht von der Sozialdemokratie erfasst und sind sich über ihre Ziele und die Notwendigkeit ihrer Verwirklichung für ihr eigenes Glück noch nicht klar), enthält in seinem allgemeinen Teil die Grundforderungen der Sozialdemokratie, so daß man deren Notwendigkeit aus dem Zeitgeschehen und ihre Auswirkungen nach innen und außen klar erkennt. Der Redner erläuterte die Begriffe Kapital und Kapitalismus, betonte, daß die Sozialdemokratie nach wie vor die Partei des Klassenkampfes ist (mit dem — unblutigen — Ziel der Klassenabschaffung) und legte in klaren Ausführungen dar, warum dieser Klassenkampf im Programm als geschichtliche und sittliche Forderung bezeichnet wird. Die Zeitgeschichte der fortschreitenden proletarischen, der Korruption der öffentlichen Meinung, der Konzentrierung und Verkrüppelung des Kapitals, des Entstehens einer neuen, brutalen Bourgeoisie, die notwendige Verknüpfung von Kapitalismus und Imperialismus (Erweiterung neuer Wirtschaftszonen und neuer Staatsgebiete) und ihre politischen Folgen, die Folgen des Weltkrieges, die Beteiligung der meisten Herrschaftssysteme, alle diese Dinge, die im Programm meisterhaft knapp formuliert sind, erörterte er unter Aufzeichnung der sozialdemokratischen Ziele, vom Gegenwartskampf unter dem noch herrschenden kapitalistischen System bis zum Endziel der Umgestaltung der gegenwärtigen in die sozialistische Wirtschaftsordnung. Eine starke internationale Arbeiterbewegung, bewußte und einheitliche Führung des Kampfes, Schutz und Aufbau der Republik, ein wahrer Bund der Völker sind die ersten Voraussetzungen.

Genosse Kleinert, der die Sitzung leitete, dankte nach lebhaftem Beifall der Anwesenden dem Redner. Eine Diskussion fand nicht statt.

Der zweite Abend am kommenden Freitag bringt einen Vortrag des Genossen Kaufmann über die deutsche Reichsverfassung.

Aus der Provinz Schlesien.

Die Lage in Oberschlesien.

Belagerungszustand über Ratibor. — Die Räumungskommission. — Ermordung einer Gemeindevorsteherin. — Feuergefahr bei Beuthen.

Auf Veranlassung der Interalliierten Kommission wurde mit dem heutigen Tage über den Landkreis und den Stadtkreis Ratibor der Belagerungszustand verhängt.

Nach der „Döberliner Morgenpost“ wurde in Beuthen eine Organisation entdeckt, die unbedeutend unter dem Deckmantel des Selbstschutzes auf Raub und Plünderung ausging, im Zusammenhang damit auch Drohbriefe verfaßte und sich als Räumungskommission ausgab. Bisher wurden dreizehn der Bande angehörige Burischen im Alter von 19 bis 23 Jahren verhaftet. In ihrem Besitz wurden außer bestehenden Papieren auch zwei Stempel der Interalliierten Kommission gefunden, die wohl gefälscht sein dürften.

In dem Tagesbericht der Infanteriekommission vom 9. d. Mts. heißt es: Leider hat sich die Lage in Oberschlesien nicht geändert. Von Hindenburg wird gemeldet, daß vor etwa drei Tagen die Gendarmen von Truppen besetzt worden ist. Die Betriebsrätekonferenz hat beschlossen, bei dem Kreisratkontrollen vorzuzugreifen zu werden, um die Zurückziehung der Besatzung zu erwirken. Die Unterabteilung über einen angeblichen Zwischenfall mit den Truppen wird bergamitlich erfolgen.

Des an der Eisenbahnstrecke Ratibor-Kandrain gelegene Dorf Dajergowik wurde in der Nacht zu heute von einer etwa zwanzig Mann zählenden, fast bewaffneten Bande überfallen. Die Bande umstellte die Wache der dortigen Gemeindevorsteherin und bemächtigte sich dreier Wache und des Gemeindevorstehers. Darauf stellte die Bande alle vier Personen vor der Wache an einen Zaun und ließ sie durch eine Salve nieder. Die drei Gemeindevorsteher waren sofort tot. Der Gemeindevorsteher, der nur durch einen Streifenhals verletzt wurde, stellte sich tot und entkam dadurch seinem Schicksal. Darauf unternahm die Bande einen Plünderungszug durch das ganze Dorf.

In der letzten Nacht, besonders in den frühen Morgenstunden, war wieder lebhaftes Schießen in der Richtung Hohenfunde vernnehmbar. Das Revolver- und Maschinengewehrfeuer dauerte über eine Stunde lang an. Die Sirenen der Florentiner- und Heimgilde heulten ununterbrochen. Soweit sich bisher feststellen läßt, waren auf beiden Seiten gegen dreihundert Mann an dem Kampfe beteiligt. Sieben Verwundete sind nach Königsgrünz und Beuthen gebracht worden.

Die Not der Invaliden- und Altersrenten-Empfänger!

(Schluß.)

Gesetzliche Unterhaltungsanprüche, zum Beispiel die zu zahlende Unterhaltsrente der Kinder an den Rentenempfänger, sind bei Berechnung des anzurechnenden Einkommens nur insoweit zu berücksichtigen, soweit sie erfüllt sind, oder wenn sie nach Ueberzeugung der über die Unterhaltung entscheidenden Stellen vom dem Unterhaltspflichtigen erfüllt werden können.

Die Unterhaltung an die Rentenempfänger nach dem Gesetz über die Kapitalausgaben muß gewährt werden, wenn die Tatsache feststeht, von denen das Gesetz die Gewährung der Unterhaltung abhängig macht, das heißt, wenn die Rentenempfänger nicht über das vorgesehene Jahreseinkommen Einkommen haben. Nur diejenigen können die Rentenempfangung erhalten, die dem letzten Rentenbescheid bei der Gemeindevorsteherin vorlegen können. Es genügt auch eine Bescheinigung des Versicherungsamtes, des Rentenausschusses usw., daß der Antragsteller einen Rentenbescheid bekommen hat.

Öffentliche Armenunterstützung oder sonstige öffentliche Fürsorgeleistungen, die nach dem 1. September 1921 bis zur-

HOTELS

Hotel Monopol
Am Schloßplatz 2 · Telefon Ring 5605
Erstkl. Familien-Hotel in vornehmer, ruhiger Lage

Hotel Metropole
Ohlauer Straße 10/11 · Telefon Ring 7097
Haus I. Ranges · Dependence des Hotels Monopol
Besitzer: H. Schuster

Nord-Hotel
Gustav Biedel · Gegenüber dem Hauptbahnhof
Telephon Ring 7187—7190
Erstklassiges Familienhotel mit allen modernen Einrichtungen

Hotel „Vier Jahreszeiten“
Haus ersten Ranges
Gartenstraße 66/70

Hotel König von Ungarn
Bischofstr. 13 · Telefon Ring 714

Künstlerspiele
Täglich Fünfuhr-Tee mit Tanzvorführungen
Abends 8 Uhr: Erstklassiges Kabarett

Hotel Goldene Gans
R. Wiener
1. Haus im Mittelpunkt der Stadt
Junkerstraße 27/29 · Tel. Ring 688

Residenz-Hotel
Haus I. Ranges · Dir. E. Scheiler

Residenz-Café
am Tauentzienplatz
Täglich erstkl. Konzerte

Vornehmes Familien-Café

RESTAURANTS = CAFÉS

Haase-Gaststätte
Tauentzienplatz

und

Steins gutes Stübel

Vornehmstes und größtes Speisehaus des deutschen Ostens

B. K.
das Bier- und Weinrestaurant im Breslauer Konzerthaus
Gartenstraße 39/41

Conrad KIBling
Junkerstraße 15-17 · Königstraße 7-9

Kulmbacher Bierstuben
Bier-Großhandlung

Regina-Weinstuben
Kantorowicz-Likörstuben
Junkerstraße 9 = Eingang Dorotheengasse 25

Erstkl. Küche und Weine
Täglich Künstler-Konzert

Tel. R. 6882

F. R. Lange
Weinhandlung
Likerstuben · Kaltes Biffett
Junkerstraße 14 · Telefon Ring 239


Vorzügliche Küche = Gutgefliegte Weine
Täglich: Künstler-Konzert ab 7 Uhr
Kapelle „Heller Bitter“

Café Geler
Gartenstraße Nr. 87
Familien-Local · Gute Musik

Andreas und Café · E. Müller
Gartenstraße 4
am Hauptplatz

„Seiler“ Planos
Gartenstraße 82

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterachutz A. Ohne Gewähr



Amburger & Co
DAS FÜHRENDE HAUS DER HERREN-MODEN

Durch eigene Fabrikation bieten wir jeder Konkurrenz in Bezug auf Leistungsfähigkeit die Spitze.

Herz & Ehrlich
KdF Ges.

Gartenmöbel
Holz-Eisen-Rohr

Breslau

GEBR. BARASCH G.m. BRESLAU
Kaufhaus für Bedarfs- und Luxusartikel

Unsere Sonderabteilungen:
Verkehrsbüro · Photographisches Atelier · Erfrischungsraum
Ullstein-Schnittmuster und Modenhefte

Abfahrt der Züge von Breslau-NB.
Schnellzüge sind durch starken Druck hervorgehoben. D. = Durchgangswagen.
E = Eilzug W = Werktag; S = Sonntag.

Richtung Leipzig-Sagan und Koblitz-Berlin. Bahnhof 2.	Vorortzüge. Bahnhof 3.
Koblitz-Berlin: 6:15	Katteln 4:25 6:08 6:38 7:32 10:54 1:15
Dresden: 9:00 D 11:45 2:05 3:22 D.	9:31 4:45 5:40 6:20 6:52 7:00 8:01 8:40
Halle-Kassel: 5:54 D.	9:08 11:02 11:45
Sagan-Berlin: 12:20 D 6:01 E 11:40 D.	Brockau 5:25 5:58 W 6:40 7:58 10:30 11:55 1:17
3:33 D 8:45	3:30 5:45 8:15
Koblitz-Görlitz: 5:44 D 7:14 11:10	
Liegnitz: 7:57.	
Richtung Brieg. Bahnhof 3.	Richtung Carlsmarkt. Bahnhof 3.
Oderberg-Kandrin 3:25 2:14 D	Laskowitz-Beckern 5:25 1:17 11:25 Sonntags bis Carlsmarkt
Myslowitz über Kandrin 6:00 7:32 9:21	Oppeln 6:40 5:45 8:15
5:40 E 6:22 9:25 10:22	Carlsmarkt 10:00
Oswiecim über Kandrin 10:54 11:45	
Neiße über Brieg 6:22	

M. BERGER NACHFOLGER
Ohlauer Straße 80
Damenmäntel, Kostüme, Röcke, Kleider
Überbringer dieser Anzeige erhält einen Rabatt von 2%.

S. GUTTENTAG
BRESLAU
Alte Büchsenstraße 5, I-III

Erstes Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung fertig und nach Maß

Gesonderte Kinderabteilung
Stets größte Auswahl in allen Lagern

Hch. Flebiger
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Landwirtschaftl. Geräte
Neue Schweidnitzer Straße 4 — Gegründet 1877 — Fernsprecher 5306 und 5307

Die Breslauer Brauereien
G. Kipke-Brauerei / Engelhardt-Brauerei A.-G.
Lagerbierbrauerei E. Haase G. m. b. H. / Schultzeiß-Patzenhofer Brauerei A.-G.
empfehlen Ihnen aus edelsten Rohstoffen hergestellten

Biere

Erste Breslauer Wurst-Konserven-Fabrik * Rudolf Dietrich
Breslau I, Ohlauer Straße 30.

G. Deberschür, Ohlauer Straße 56/57, Erste Poststraße
Telephon Ring 1343

Likörfabrik, glasweiser Ausschank · Flaschenverkauf
Gepflegte Kipke-Biere

H. Hennig * Getreide-Dampf-Brennerei

INNENDEKORATION



Teppiche V. Martin
Schweidnitzer Str. 1
BRESLAU I

Leipziger & Koessler
Neue Schweidnitzer Straße 16/17
Teppiche * Möbelstoffe * Gardinen

Hermann Leipziger
Inh.: Adolf und Walter Leipziger
Breslau I, Schweidnitzer Straße 7
gegenüber der „Schlossischen Zeitung“
Fernsprecher Ring 593

Deutsche Teppiche in bewährten Plüschqualitäten

Handgeknüpfte Smyrna-Teppiche

Perser-Teppiche für Speise-, Herren- und Wohnzimmer

Brücken, Verbindungsstücke

Echte Tisch- und Diwandecken, Gardinen, Stores, Bettdecken, Dekorationen, Läuferstoffe

BEKLEIDUNG

Hecht & David · Ring 21
Ecke Ohlauer Straße

Spezial-Geschäft für Seidenstoffe / Waschestoffe Wollstoffe

Trauer-Kleidung
kauft man am besten im

Spezial-Trauer-Magazin
August Benedix
Ring 1, Ecke Nikolaistraße Tel. 4010

Felix Rösel
Ohlauer Straße Nr. 75

Spezialhaus für Damen-Konfektion

„Pelzhaus“ Kallinke
Gartenstraße 88

J. Glücksmann & Co.
Ohlauer Straße 71/73
gegründet 1854

Kleiderstoffe · Konfektion

D. Marcus
Ohlauer Straße 51/54

Damenhüte
Größte Auswahl · Billigste Preise

Putzgeschäft Lilly Behr
Reuschestraße 62

Größte Auswahl in Damen- Kinder- u. Trauerhüten
Umpressen und Modernisieren schnell und billig

M. Tichauer
Reuschestraße 47

Größtes Spezialhaus für Damen-Putz



Klausner
Breslau I Ohlauer Straße 5/6

Stenog.

Do

Der de

Nach einer haben als Dpfer jgungsweltan ge oberflächigen Ge ständnisse stellen sie auch nicht n h wegen des pot zulegen.

Schon die Oberflächigen h F l i n g w i d e l t i s t, ge litigt sind die offenbar nicht g Neptunusstet für diese Angli Gewalt weihen darauf an, daß f i e u i g u r h i t t e g e „ d o r Vor allem wenige Flugbe mögliche Bahnen schiffen nicht n b a t e r i t a u s i a t h e m a t r a n r S c h i f f e r t u S c h i f f h e r z u l a s s e r u n d a u c h r e i c h t, da selbst bedürftigen Ob will. Der pre stützungen aus ist auf eine Mit Teil auf Ober kommen dazu u f ä z p e r t a f diese neuen groß lang herangehen turgen ganz der jezt nur ein nimmt, für die f e i n nachschme gründlicher die lingsstörve“ a m i l y, neu organ G e f ä h r s e i n, da glü noch unte B e o f f e r i n g a u m u n g s u n g e w e r d p r o d u k t i v e n G e l d f i c h j e i n e n B i l d e r n O b e r f l ä c h i g W i c h t w e i d e n i n f i n d e n.

Die Schiffe

Der Herrsch

Das Gerichte